

Verbands-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 22

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus Grothstraße 1. Fernspr. 5, 8248.

Hamburg,
Sonnabend, 31. Mai 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
parallelezeile oder deren Raum 50 Pfg.
(der Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

Das Ende der Aussperrung.

Nach all dem Lament und krampfhaften Bemühen der Führer des Arbeitgeberverbandes um ihre Machtprobe gegen unsere Organisation und gegen eine vernünftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft mußte es sehr zweifelhaft erscheinen, ob sie die letzten Schiedssprüche annehmen würden. Denn Schiedssprüche erst ablehnen, weil sie so hundertmal miserabel sein sollten, daß kein Opfer zu groß wäre, sie zu Fall zu bringen und sie nach zehnwöchigem Kampfe mit Stumpf und Stiel — ja sogar noch etwas verfalzen — zu schlucken, muß manche Ueberwindung kosten. Soviel Selbsterkenntnis hatten wir den so blindlings draußlos gehenden Herren gar nicht mehr zugetraut, daß sie jetzt, nachdem sie sich bei den letzten Verhandlungen noch auf das große Pferd setzten, plötzlich eingesehen würden, daß der vom Arbeitgeberverband angeblich so „glänzend“ und mit „unertvarierter Geschlossenheit“ geführte Kampf mit einer glatten Niederlage enden müsse. Ist diese Erkenntnis, trotzdem sie nach Lage der Verhältnisse schon am Anfang unausbleiblich war, auch spät gekommen, daß sie nicht noch länger ausbleib, muß nach dem, was sich die Führer des Arbeitgeberverbandes während der Aussperrung an Ignoranz, Verdrehungen und Ausschneiderei geleistet haben, immerhin noch auffallen.

Der Arbeitgeberverband hat die neuen Schiedssprüche mit 30147 900 M. gegen 27 993 800 M. Lohnsumme angenommen. Ueber drei Millionen Mark organisierte Löhne sollen sich der Abstimmung enthalten haben. Der Gau I (St. Hamburg) hat die Schiedssprüche mit 9 780 000 M. gegen 2 540 000 M. und der Gau II (Rheinland-Westfalen) einstimmig abgelehnt. Alle andern Gaue haben sie angenommen. Der Gau III (Süddeutschland) hat die ersten Schiedssprüche mit 10 246 000 M. gegen 1 963 000 M. abgelehnt, die jetzigen mit 10 894 900 M. gegen 2 238 000 M. angenommen und Gau IV (Mitteldeutschland und Schlesien) hat die ersten Schiedssprüche mit 6 338 000 M. gegen 1 387 000 M. abgelehnt und die jetzigen mit 6 728 000 M. gegen 1 701 000 M. angenommen. So haben sich in diesen beiden Gaue, die erst ablehnten und jetzt zustimmten, die Minoritäten von Ende Februar in Majoritäten nach den instruktiven Lehren der Aussperrung verwandelt.

Konsequent sind sich Gau V und VI (Berlin und Danzig) geblieben: sie haben beide Male angenommen. Dafür sind sie aber die Hauptleidtragenden, sie sperrien aus Solidarität aus und bezahlen nun die Zehne in vollem Umfang mit. Kein Wunder, wenn hier der Unmut über die famose Strategie der Herren im Vorstand des Arbeitgeberverbandes besonders groß ist. Darum wohl auch mußte ein für diesen eingebrachtes Vertrauensvotum in einer Versammlung der Berliner Arbeitgeber zurückgenommen werden, damit es nicht der Ablehnung verfiel.

Der Stakenhammer über die erlittene Niederlage kommt in der Presse unserer Unternehmer deutlich genug zum Ausdruck. So schreibt der Vorstand des Gau I des Arbeitgeberverbandes in der „Allgemeinen Maler-Zeitung“ unterm 24. Mai:

„Mit dem Schiedsspruch vom 16. Mai wird also an den Schiedssprüchen vom 24. Februar nichts geändert. Die geringen Erfolge, die wir bei den Einigungsverhandlungen im Anfang Mai über das Tarifniveau erzielen, können uns natürlich nicht befriedigen. Es verbleibt sonach als einziger bisheriger Vollerfolg, daß die Streikliste der Gewerkschaft ausgepumpt wurde und damit der Uebermut hoffentlich seine Erschöpfung gefunden hat... Es ist nach den vorausgegangenen Erörterungen anzunehmen, daß der Schiedsspruch trotz seiner Nichtbefriedigung von den Malermeistern angenommen werden wird.“

„Wir müssen uns“, so heißt es am Schlusse, „mit dem Leiterfolge des Kampfes zufrieden geben und bestrebt sein, den Verband weiter und kräftiger auszubauen, damit das Nichterrungene zukünftig nachgeholt wird.“

In den „Hamburger Nachrichten“ entschuldigt sich der Arbeitgeberverband, daß er zu Kreuze kriechen muß, und tröstet sich damit, daß man in Zukunft Prozesse gegen die Organisation der Gehilfen auf Haftung bei Tarifbrüchen führen und keine Arbeitsnachweise errichten werde. Da der Geldbeutel des Gehilfenverbandes kleingemacht sei, sei es auch ebenso mit dem Uebermut der Gehilfenführer und die Gehilfen hätten aus dem Kampfe gelernt, daß man nicht leichtfertig den gewerblichen Frieden bricht. Das letztere ist natürlich eine der gewöhnlichen Verdrehungen, denn wenn irgendwer bei dem jetzigen Kampfe zu lernen hatte, daß man nicht ungestraft „leichtfertig den gewerblichen Frieden bricht“, so sind es lediglich die Arbeitgeber gewesen.

Man findet sich im Gau I mit dem neuen Schiedsspruch zwar formell ab, eröffnet die neue Kampagne aber mit der Parole an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, die Schiedssprüche und die in Berlin vereinbarten Abmachungen zu durchbrechen. Denn es heißt u. a. in einem am 23. Mai an die Hamburger Arbeitgeber verjandten Zirkular:

„Wir machen Ihnen die Mitteilung, daß unser alter Arbeitsnachweis vom Sonnabend mittag an wieder geöffnet sein wird... Eine allgemeine Lohnerhöhung findet nicht statt, d. h. Gehilfen, die höhere Löhne als die tariflichen beziehen, haben keinen tariflichen Anspruch auf die Lohnerhöhung.“

Mit diesen beiden Anweisungen werden die Bestimmungen und Erklärungen zum neuen Reichstarif-Vertrag offen durchbrochen. Also fängt es schon wieder gut an. Die Blamage, die sich einige Hamburger Herren jetzt geholt haben, genügt ihnen noch nicht, daher müssen sie die alten Feindseligkeiten wieder eröffnen, um dann nach der Art von Feiglingen andern die Schuld zuzuschreiben. Der Arbeitgeberverband hat also noch viel zu tun, bevor ein annehmbares Tarifverhältnis eintreten kann, und wenn unter solch unheilvollen Umständen dann auch Orte und Arbeitgeber leiden, die an den Differenzen schuldlos sind, so ist das eine unabwendbare Folge jedes Reichstarif-Vertrages, die die Herren schon mit in Kauf nehmen müssen.

In Rheinland-Westfalen treibt der Arbeitgeberverband offen Obstruktion. Er verjandte unterm 24. Mai ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Betriebe geöffnet werden „zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Bedingungen“. Man unterzeichne den faulen Frieden, den die Schiedssprüche brachten, nicht. Der Tarif, der den Gehilfen jetzt unterbreitet werde, sei aufgestellt „unter Berücksichtigung unserer (der Unternehmer) wichtigsten Wünsche. Die Grundlöhne sind um 1 Pfg. pro Stunde erhöht, so daß wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden.“

Nach diesem blutigen Ton heißt es weiter:

Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gehilfenschaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden. Eventuell wird es auch erforderlich werden, erneute Aussperrungen vorzunehmen.

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenschaft gefeit sein. Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus andern Werkstätten weiter geholfen werden.

Warnung vor Sondertarifen der Gehilfenschaft!!!

Dr. Coelisch, Syndikus.

Es wird dafür gesorgt werden, daß dieses tolle Scharfmacherstückchen seinen Urhebern gründlich heimgezahlt wird.

In Süd- und Mitteldeutschland scheint sich die Aufhebung der Aussperrung und die Wiederaufnahme der Arbeit glatter zu vollziehen. Die „Süddeutsche Maler-Zeitung“ ist sich noch nicht ganz klar, was die Arbeitgeber durch die Aussperrung alles erreicht haben, das will sie „nachher in ausführlicher Breite untersuchen“, und „Der Maler“ ist unter die Sanguinifer gegangen und erklärt: „Das ist ja nun einmal das moderne, einflussvolle (!) nicht zu ändernde Verhältnis, daß die Arbeitsbedingungen nicht mehr von jedem einzelnen Meister nach eigenem Gutdünken mit seinen Gehilfen geregelt werden können. Wer so etwas noch vorhätte, der würde, und das namentlich im Malergewerbe, erst recht unrettbar der Willkür der Gehilfenorganisationen verfallen. Die Regelung der Arbeitsbedingungen ist nur noch korporativ möglich, und den größten Vorteil erringt auf diesem Wege die Seite, die über die stärkste Organisation verfügt.“ Im allgemeinen sind hier die Arbeitgeber sehr froh, daß das Spiel der Aussperrung endlich ein Ende hat und sie haben es sehr eilig mit dem Wiederbeginn der Arbeit.

Schwer enttäuscht werden die Arbeitgeber im allgemeinen sein, wenn sie jetzt viele neue Konkurrenten vorfinden, die die Zeiten des Kampfes benutzten, um selbständig zu werden und manche Arbeit wegschnappten. Das beweist auch die blinde Wut gegen bestimmte Unternehmungen unserer Kollegen in Nürnberg, Stuttgart usw.

In unsern Kollegentreifen aber herrscht die volle Ueberzeugung vor, daß wir den uns aufgezwungenen Kampf ehrenvoll bestanden und dem Arbeitgeberverband seine Annahmen gebührend heimgezahlt haben. Er muß die Schiedssprüche hinnehmen, die er zehn Wochen lang bekämpft hat. Und wenn er sich kindisch freut, uns eine große Ausgabe verursacht zu haben, so werden die Arbeitgeber wohl fragen, was ihnen das nützt, wenn sie davon nichts abbekommen, sondern ebenfalls große Summen ausgegeben haben. Unsere Kollegen hatten ihre Organisation finanziell gestärkt, damit sie im gegebenen Moment kampffähig sei, sie hatten die Gelder des Verbandes für Kampfszwecke referiert: warum sollten sie da jetzt beklagen, daß der Arbeitgeberverband sich freut, daß unser Kampffonds stark geschwächt worden ist.

Unsere Kollegen werden aus den Vorgängen der letzten Monate die einzig denkbare Lehre ziehen, daß es jetzt gilt, nun erst recht die Organisation nach innen und außen auszubauen und zu beschleunigen, damit wir ähnlich unverfrorenen Anschlägen, wie die eben verflozene Aussperrung, stets so kräftig und ausdauernd entgegenreten können wie diesmal. Solkäufig nehmen wir bestimmt an, daß der Arbeitgeberverband, gewißigt durch seine gegenwärtige Niederlage, in Zukunft den herrschenden Verhältnissen Rechnung trägt. Tritt das ein, so sind die Opfer des Kampfes auch darum nicht nutzlos gewesen.

Außerordentliche Generalversammlung in Berlin.

Wiederum mußten die Vertreter unseres Verbandes Stellung nehmen zu dem Schiedspruch, den das durch je zwei Vertrauensleute der Parteien erweiterte Kollegium der Unparteiischen am 16. Mai gefällt hatte. Der Verlauf des Schiedspruchs ist bereits in der vorhergehenden Nummer veröffentlicht worden. Da bis zum 22. März abends, die Organisationen sich über Annahme oder Ablehnung zu erklären hatten, beriefen Vorstand und Ausschuss die außerordentliche Generalversammlung ein, die wie die erstere zusammengesetzt war. Beschlossen wurde, in geschlossenen Sitzungen zu tagen.

Nach einstimmigerma der Generalversammlung gab Kollege Streine einen ausführlichen Bericht über die gesamte Situation vom Beginn der Aussperrung an, über den bisherigen Verlauf und die stattgefundenen Verhandlungen und letzten Verhandlungen. Wenn unsere außerordentliche Generalversammlung den Schiedspruch annahm, trotzdem er für die Kollegen nicht das Beste, was man gerichtlich erreichen konnte, so geschah es aus dem Grunde, um nicht die Verantwortung zu übernehmen für einen Kampf, der dem ganzen Gewerbe schwere Schäden bringen würde. Die Arbeitgeber haben dagegen frivolerweise die Aussperrung inszeniert und den eigentlichen Zweck dieser auch offen bekundet. Es konnte konstatiert werden, daß dieser Kampf von den Scharfmachern im Arbeitgeberlager aus gegen die Organisationen der Gehilfen gerichtet war. Demgegenüber waren wir uns einig, daß es ein Zurückgehen wäre die in den Schiedsprüchen festgesetzten Bedingungen nicht geben könnte und hatten auch unsere Maßnahmen danach getroffen. Während dieses Kampfes haben wir auch aufs Deutlichste gezeigt, daß die eingeschlagene Taktik des Verbandes die richtige war: die Unternehmer haben sich nur, daß wir diesmal eine ganz andere Taktik ergreifen, als dies früher war.

Das Verhalten der Unternehmer war kein einheitliches; die Aussperrung war in den einzelnen Bezirken nicht gleichartig ein, auch der Umfang war sehr verschieden. Von einem „Schlappen auf der ganzen Linie“, wie einzelne Unternehmerführer in die Welt hinaus verstanden, konnte keine Rede sein; gewiß war es der Plan des Arbeitgeberverbandes, die Aussperrung zu einer allgemeinen zu gestalten. Da „deso schneller der Friede gelte und der Uebermut der Gehilfenführer sich legen würde“, doch damit sei es nicht geworden. Der Höchststand der Aussperrten betrug am 15. März 1570; heute sei von da ab die Zahl der zu unterstützenden Kollegen zurückgegangen und habe am 10. Mai nur noch 100 betragen. Der Umfang der Aussperrung sei also bei weitem nicht so groß gewesen, wie es die Scharfmacher behaupten und auch unsere Kollegen zum Teil ermahnen konnten. Mit der Ausschweiderei der Führer also, daß abgeschlossen und einig die gesamten Arbeitgeber des Malergewerbes sich gegen die Schiedsprüche ausgesprochen hätten, sich niemals solchen Schiedsprüchen fügen würden und wenn die Aussperrung bis zum nächsten Jahre dauern würde, war es wieder mal nicht her. Die Machttat der Arbeitgeberverbandes, unsere Organisation lahm zu legen, sei vorbeizugelungen, unser Verband habe diesem Aufsturm standgehalten.

Von vornherein haben wir erklärt, um die Situation klar überblicken zu können, eine abwartende Stellung einzunehmen, das Kampffeld nach Möglichkeit zu verkleinern. Nebenher hätte die Vorgänge zu beobachten zugehört und konnte schließlich, wie sich der Lauf des Verbandes bewährt hat. Ja, es mußte gesagt werden, daß es unter den gegebenen Umständen nicht anders gäbe, anders vorgehen. Auf diese Weise wurde erreicht, daß die Zahl der ausgesperrten Kollegen immer mehr zurückging, woran die Zahlenangaben der Arbeitgeberseite, die festgestellt von 3000 auf 1000 ausgesperrten laute, nicht rücheln konnten und selbst auch Köhnen in den Reihen der Arbeitgeber nicht bestanden. Wenn wir also in der Kampftage bei den Verhandlungen hielten, die Schiedsprüche zu ablehnen und wo möglich, darüber hinauszufragen, so hätten wir mit diesem Vorgehen erhebliche Erfolge erzielt. Da einer großen Zahl Städte wurden Sondertarife mit den einzelnen Leitern abgeschlossen, die zum Teil über die Schiedsprüche hinausgehen: 1540 Kollegen werden ihnen am 10. Mai unter Sondertarifen. In dem Stand von 1000 Kollegen unter Sondertarifen wurde schließlich erreicht und ein korrespondierendes Abkommen erzielt. Gerade das in einer Reihe von Städten erreichte man im letzten Schritte abgeschlossen.

Da diese Höhe sich der Leiter hierauf ein Bild von den Verhandlungen am 3. und 4. April, bei denen die Sondertarife zum Teil das Angebot von 3 Fl. erzielt wurde, man hätte weitere Schritte machen können, da es dem Leiter den Schiedsprüchen nicht. Das weitere Köhnen er die letzten Schritte, da man dem Leiter der drei Unparteiischen und 2 von Sondertarifen der Gehilfen und Arbeitgeber abgeschlossen haben und den Schiedspruch ablehnen, so man die Generalversammlung Zielsetzung

nehmen müsse. Streine ging auf die einzelnen Bestimmungen des Schiedspruchs näher ein und auf die neuen Forderungen, die unsererseits gestellt worden waren. Die Möglichkeit bestehe, daß nach Annahme des Schiedspruchs in vielen Orten durch die zu führenden örtlichen Verhandlungen ein besseres Resultat erzielt werde, als es die Schiedsprüche vorsehen. Mit Genehmigung hob er sodann hervor, daß in allen Phasen des Kampfes die christliche und die Hirsch-Dundersche Organisation mit unserm Verbands in vollem Einvernehmen gehandelt haben. Sehr zum Leidwesen der Unternehmer, die sich das sehr haben merken lassen, daß die Gehilfenorganisationen nicht das Schauspiel gegeben haben, sich gegenseitig zu befeinden. Nebenher gab noch ein Resümee von den terroristischen und gesetzwidrigen Maßnahmen, die der Arbeitgeberverband in Verbindung mit den Innungen getroffen hat, die bezeichnend sind für die strupellose Führung des Kampfes. Was sonst während dieses Kampfes von den Scharfmachern an schwindelhaften Verichten, Gemeinplätzen und dergleichen Mätschen geleistet worden, sei einfach unglaublich. In der breiten Öffentlichkeit habe aber der Arbeitgeberverband keine Sympathie gewonnen, weil er leichtfertig die Schiedsprüche abgelehnt und den Kampf heraufbeschworen. Anerkennenswert sei, wie unsere gesamte Presse, die politische wie die gewerkschaftliche, funktioniert habe.

Wie wir nun über das Ergebnis denken, werde sich aus dem Verlaufe der Debatte zeigen müssen. Vorstand und Verhandlungskommission seien der Meinung, dem Schiedspruch zuzustimmen. Man werde es nicht verstehen, wenn wir den Schiedspruch ablehnten. Unsere Organisation habe den Kampf geführt, wie es nötig war, und gezeigt, daß sie ein Machsfaktor ist, mit dem die Unternehmer zu rechnen haben. Das Ziel des Arbeitgeberverbandes, uns niederzuringen, sei nicht glücklich, im Gegenteil, aus diesem Kampfe gehen wir als Sieger hervor. Die beste Lehre wird sein, aus diesem Kampfe gelernt zu haben, sich auf eine festgefügte Organisation stützen zu können. Handeln wir in diesem Sinne, bauen wir unsern Verband noch weiter aus und kräftigen ihn, so können wir gewiß sein, daß der Arbeitgeberverband nicht so leicht wieder unwillig einen Kampf heraufbeschwört.

Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Reserat ergriff Kollege Bentler noch einen kurzen Bericht. Betr. Erhöhung des Beitrags beim Beginn des Kampfes, der Erhebung von Beitragsmarken in den verschiedenen Filialen müsse das näher noch auf der ordentlichen Generalversammlung in Halle gesprochen werden. Der Kampf habe den Kollegen gezeigt, daß es sich nur um Machfragen handle. Nur auf unsere eigene Kraft müssen wir uns verlassen.

In der nun folgenden Debatte nahmen in der Nachmittagsitzung Delegierte von Hamburg, Berlin, Spandau, Gera, Wilhelmshaven, Plauen und München das Wort. Während die Vertreter von Gera und Hamburg sich gegen die Annahme des Schiedspruchs erklärten, plädierten die übrigen Kollegen dafür. Der Kampf sei von prinzipieller Bedeutung und aus eigener Kraft habe ihn die Organisation durchgeführt. Gewiß müsse mit allen Kräften versucht werden, die besseren Bedingungen der Sondertarife durchzuführen, das hänge aber ganz allein von der Stärke der örtlichen Organisation ab.

In der Sitzung am Donnerstag vormittag kam folgende vom Vorstand gestellte Resolution zur Berlebung:

Resolution

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands ist der Ueberzeugung, daß die vom Arbeitgeberverband des Malergewerbes offen ausgesprochene Absicht, durch die von ihm heraufbeschworene Machttat die Gehilfenorganisation niederzuringen und die Arbeiter des Malergewerbes noch weiter wirtschaftlich herabzudrücken, vollständig mißlungen ist. Das beweist nicht nur der Verlauf und der gegenwärtige Stand der bereits elf Wochen andauernden Aussperrung, sondern auch der am 16. Mai gefällte neue Schiedspruch, durch den der vom Arbeitgeberverband abgelehnte Schiedspruch vom 24. Februar vollinhaltlich bestehen bleibt; außerdem, daß in Orten, in denen es der Gehilfenklub während der Aussperrung gelang, die Lohnverhältnisse gegen den Widerstand des organisierten Unternehmertums vorwärts zu treiben, dies allgemein durchgeföhrt werden soll.

Das demnach die von den Gehilfenorganisationen von Anfang der Bewegung an angelegentlich Grundzüge allgemein anerkannt und die vom Arbeitgeberverband verfolgten organisations- und arbeitersindlichen Ziele während zurückgewiesen werden, so nimmt die Generalversammlung dem neuen Schiedspruch zu, trotzdem sie auch heute noch der jeder vor Abschluß des Kampfes zum Ausdruck geäußerten Ueberzeugung ist, daß der grundlegende erste Schiedspruch den bestehenden Verhältnissen im Interesse der künftigen sozialen Lage der Arbeiter des Malergewerbes nicht genügend Rechnung trägt.

Die Generalversammlung bringt ferner zum Ausdruck, daß der gegenwärtige Kampf mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, daß nur eine festgefügte, gut fundierte zentrale Organisation inlande ist, die Interessen der Arbeiter gegenüber den Annahmen eines scharfmacherischen Unternehmertums wirksam zu vertreten. Sollte der Arbeitgeberverband wiederum den Schiedspruch ablehnen, so wird der Kampf nach wie vor in aller Schärfe weitergeführt.

Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß auch in Zukunft die weitere Stärkung und Ausbaumung unseres Verbandes die vornehmste Pflicht der Arbeiterschaft im Malergewerbe sein muß.

Die Resolution wurde mit zur Diskussion gestellt und die Debatte fortgesetzt. Mancherlei Bedenken wurden gegen einzelne Bestimmungen des Schiedspruchs vorgebracht; ganz besonders wurde hervorgehoben, daß man erwartet habe, daß nach einem so langen, für die Unternehmer völlig ergebnislosen Kampfe für die Gehilfen hätte mehr herangezogen werden müssen, als die Schiedsprüche vorsehen. In scharfer Weise erklärte sich der Vertreter von Köln gegen die Schiedsprüche wie gegen den Reichstarif überhaupt, auch die Hamburger legten nochmals ihren ablehnenden Standpunkt klar, während die übrigen Neben, die Delegierten aus Berlin, Darmstadt, Frankfurt a. M. usw. die Lage vom allgemeinen Standpunkt aus beurteilen und für Annahme plädierten. Wenn sie, die Vertreter von Großstädten, trotzdem sie eine große Zahl von Sondertarifen abgeschlossen haben, für die Schiedsprüche stimmen, so läßt sie das nur aus Rücksicht auf die Orte, die mit dem Schiedspruch einverstanden seien. Allgemeine Zustimmung fanden die Worte des Genossen Silberbach, der bekanntlich als Vertrauensmann unserer Kollegen bei den letzten Verhandlungen mitgewirkt hat. Wir sollen unsere Siege nicht übertreiben, führte er u. a. aus, uns nicht an ihnen heranziehen. Aber eine schiefe Auffassung sei es, wenn hier von einigen Delegierten hervorgehoben worden sei, daß der Kampf den Kollegen nichts gebracht, die Organisation nichts erreicht habe. Diese Auffassung sei durchaus unzutreffend. Bestenfalls, daß dieser Kampf im Malergewerbe eine so glatte Niederlage des Arbeitgeberverbandes darstelle, wie sie bisher in der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch nicht zu verzeichnen gewesen sei. Der Malerverband hat seinen vollen Mann dabei gestanden, darauf können die Mitglieder stolz sein. Die Unternehmer hätten zwar verschiedene Gründe für die Aussperrung angegeben, aber Tatsache sei doch, daß die früheren Schiedsprüche die eigentliche Veranlassung zur Aussperrung gewesen seien. Und am Ende dieses Kampfes sahen wir nun, daß das Unternehmertum vom Schiedsgericht verurteilt werde, die gleichen Bedingungen anzunehmen, gegen die es in den Kampf ging. Soweit es sich heute übersehen lasse, sei das Unternehmertum nicht inlande, der Kampf mit der geringsten Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Wenn vielleicht einzelne Bezirke der Unternehmer jetzt außer der Reihe tanzen möchten, so ändere das nichts an der kompletten Niederlage des Unternehmertums. Wenn man sage, die Arbeiter hätten nichts errungen, so heiße das doch, den Arbeitern das Ergebnis verweigern, über das wir uns alle bis zu einem gewissen Grade freuen könnten. Tatsache sei, daß der Malerverband, wenn man die ganze Situation betrachte, in diesem Kampfe einen großen Sieg errungen habe. Unangekämpft könne allerdings behaupten, daß es nicht gelungen sei, über die früheren Schiedsprüche hinauszukommen und daß die Ungechtigkeiten derselben nicht beseitigt werden konnten, ferner daß die Unternehmer für ihr frivoles Spiel nicht einen Teil der Kriegskosten tragen müssen. Daß das die Orte, wo eine größere Zahl von Sondertarifen abgeschlossen seien, unbefriedigt lasse, sei zu begreifen. Aber unbegreiflich würde es sein, den Sieg des Malerverbandes verkleinern zu wollen. Der Verband habe alle Ursache, sich seines Erfolges zu freuen, denn es sei durch ihn der Beweis erbracht, daß die deutschen Gewerkschaften nicht, wie manchmal behauptet werde, nur kleine Erfolge erringen können, sondern daß sie inlande seien, große Kämpfe durchzuführen, und daß sie einem Anprall des Unternehmertums gewachsen seien.

Der Passus des Schiedspruchs, daß die Sondertarife bestehen bleiben sollen, sei zum Vorteil der Arbeiter geschaffen. Das Schiedsgericht habe gemeint, es werde den Arbeitern unter gewissen Voraussetzungen gelingen, die Unternehmer zu veranlassen, allgemein über die Schiedsprüche hinauszugehen und den Löhnen der Sondertarife näher zu kommen. Die Sicherung der Sondertarife werde das Risiko der allgemeinen Tariflöhne heben. Der Passus sei also durchaus nicht als gegen die Arbeiter gerichtet zu betrachten. — Angegriffen sei hier der Abjag, wonach in Orten mit einer größeren Anzahl von Sondertarifen sich die Parteien über die allgemeine Durchführung derselben einigen können. Die Arbeitervertreter im Schiedsgericht hätten zunächst versucht, eine Bestimmung durchzusetzen, wonach die Sondertarife allgemein anerkannt werden müssen in den Orten, wo ein gewisser Prozentsatz der Arbeiter zu Sondertarifen beschäftigt ist. Das sei jedoch nicht gelungen. So sei denn schließlich die vorliegende Fassung zustande

gelommen, welche die Arbeitervertreter völlig unbefriedigt gelassen habe, weil sie sehr bedauerlich sei. Es liege aber doch auch in diesem Waffens eine Anerkennung des Sieges der Arbeiter. Es dürfte doch möglich sein, in einer Reihe von Orten die Unternehmer zu bewegen, über die Schiedsprüche hinauszugehen und den Sonder-tarifen näher zu kommen.

In seinem Schlusswort bemerkte Kollege Streine, daß die Kollegen gegen die Maßnahmen des Vorstandes nichts eingewendet hätten, demnach mit der Laktit des Verbandes im Verlaufe des Kampfes zufrieden seien. Wenn sich auch der Kampf sehr in die Länge gezogen habe, so liege für uns doch kein Grund zu Pessimismus vor, aber auch keinen, wie es von einem Redner geschah, daß man gleich die ganze Tarifpolitik in Grund und Boden werfe. Den Ausführungen des Genossen Silber-schmidt hierzu könne man auch allgemein zustimmen. Für uns sei nun der Zeitpunkt gekommen, einen ehrenvollen Frieden zu schließen, und das geschehe mit der Annahme des Schiedspruches. Die Schiedsprüche im Baugewerbe lastieren auf der gleichen Grundlage wie die unstrigen. Nehmen wir die Schiedsprüche an, so haben wir nach deren Durchführung allgemein wieder einen Fortschritt zu verzeichnen.

In namentlicher Abstimmung wurde darauf mit 86 Stimmen, die 42783 Mitglieder vertraten, gegen 13 Stimmen, die 7119 Mitglieder vertraten, der Schiedspruch angenommen. Dagegen stimmten: Hamburg, Bremen, Chemnitz, Köln, Halle, Braunschweig, Göttingen und Gera.

Abends nach 9 Uhr konnte den Delegierten mitgeteilt werden, daß auch der Arbeitgeberverband den Schiedspruch angenommen hat.

Die christliche und die Hirsch-Dundersche Organisation haben dem Schiedspruch gleichfalls zugestimmt.

Nachdem noch beschlossen worden war, daß die ordentliche Generalversammlung bis zum 29. Juni ver-taget werden soll, richtete Kollege Streine an die Delegierten noch einige beachtenswerte Worte, die volle Zustimmung fanden und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband die außerordentliche Generalversammlung.

Zur Betriebsöffnung der „Volksfürsorge“

Am 17. Mai ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge“ in das Handelsregister zu Hamburg eingetragen worden, nachdem die schriftliche Bestätigung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung eingegangen war. Der Geschäftsbetrieb soll mit dem 1. Juli d. J. beginnen; doch können schon jetzt Anträge auf Versicherungen entgegengenommen werden. Fast 2 1/2 Jahre hat es gedauert, bis das Werk, das damals von den beiden Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands in Angriff genommen wurde, nach vielen Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Diese aus der behördlichen Genehmigungspflicht sich ergebende, durch umständliche Vorberatungen und Vorarbeiten ausgefüllte Frist ist von den geschäftlichen Gegnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widersachern der Arbeiterklasse einschließlich der Regierung weidlich ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten „Volksfürsorge“ mehrere mächtige Konkurrenten entgegengesetzt, die ihr das Arbeitsgebiet streitig zu machen suchen. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierungen und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Beiträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungen und verheißten den Versicherungslustigen Vorteile, die ihnen die seitherige Volksversicherung nicht gewährte, sicherlich auch ein Erfolg unserer „Volksfürsorge“. Wie wenig diese Unternehmungen aber imstande sind, der „Volksfürsorge“ das Wasser abzugraben, beweist die Feststellung des Landrats Graf v. Westfalen vom Kreis Lüdinghausen, der auf einer im April abgehaltenen vertraulichen Konferenz zur Schaffung einer „Anti-Volksfürsorge“ erklären mußte:

„Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volksfürsorge“ erteilt werden. Möglich sei, daß dies sich noch einige Zeit hinausschieben lasse, aber die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme von den freien Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber das sei auch nicht so leicht, denn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ sei so gestärkt, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante sozialdemokratische „Volksfürsorge“ herankommen. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden.“

Da die Aufsichtsbehörde mußte die „Volksfürsorge“ und die von ihr eingereichten Tarife genehmigen und diese Tarife sind für die Massen der Arbeiterschaft so eminent vorteilhaft, daß die Reaktionen aller Schat-

terungen ihre Mut kaum mehr verhalten können, sondern sich in öhnmächtigem Gebrüll Luft zu machen suchen. Man lese bloß das folgende Exzerpt eines Scharfmachers in den „Hamburger Nachrichten“ vom 16. Mai über die Genehmigung der „Volksfürsorge“:

„Wir stehen jetzt vor der bedauerlichen Tatsache, daß die Regierung des Deutschen Reiches es ist, welche der ihr feindlich gesonnenen Sozialdemokratie geholfen hat, den letzten gewaltigen Pfeiler ihrer Organisation aufzurichten. Nun ist der Ring der sozialdemokratischen Festung geschlossen. Der sozialdemokratische Partei mit der politischen Presse, den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Fachorganen, den Frauen-, Jugend-, Sport- usw. Vereinen mit ihren Zeitungen, den sozialdemokratischen Genossenschaften — den Erbtrosseln des bürgerlichen Mittelstandes — schließt sich als letztes und bedeutendstes Mitglied die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ an. Es hätte doch auch der Regierung ein leichtes sein dürfen, gerade wegen ihrer Objektivität, nun auch mal nach der andern Seite hin, abseits der Bruderliebe und des Gestammelns von Menschlichkeit, ernstlich zu prüfen, welche politischen Gefahren diese Neugründung der Sozialdemokratie heraufbeschwören wird. Bei nur einigem Nachdenken würde sie — jedenfalls mit Schreden — wahrgenommen haben, daß die Sozialdemokratie sich mit der Gründung der „Volksfürsorge“ das gefährlichste Werkzeug in ihrem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft geschnitten haben wird. Unser Verband hat nicht nur in einem in 300 000 Exemplaren verteilten Flugblatt auf alle Einzelheiten dieser Gefahren hingewiesen, sondern auch von andern Seiten ist seit Jahr und Tag in Wort und Schrift auf das Unheilvolle dieser Einrichtung aufmerksam gemacht worden. Alles umsonst, die Regierung hat kein Einsehen oder will es nicht haben. Schon, wenn die Regierung schon oft Sozialdemokraten ohne eigentliche Absicht durch ihr Verhalten gequält hat, hier züchtet sie mit Willen Sozialdemokraten in „Reinkultur“. Denn alle zukünftigen Mitglieder der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“, ob Land- oder Industriearbeiter, ob Handel- oder Gewerbetreibende, ob Privat- oder Gemeinde-, Staats-, Reichsangestellte, sie alle sind durch ihre Beiträge an die Volksversicherung, durch ihre Hoffnungen auf spätere Vorteile für ihre Familien untrennbar mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden.“

Mit dem Interesse für die Entwicklung der „Volksfürsorge“ wird — geschieht durch die Organe der Anstalt genährt — das Interesse für andre sozialdemokratische Einrichtungen kommen. Und damit ist jeder, ob Mann, ob Frau, der Sozialdemokratie verfallen. Denn diese geschickte Rekrutierung läßt keinen entweichen, der in die Maschen ihres Netzes geraten ist. Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksversicherung belaufen, mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation.

Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen in Geldwert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiter bauen können, gestützt auf die großen Ueberträge, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorkehrungen, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegung großer Teile des Vermögens wird die „Volksfürsorge“ und damit die Sozialdemokratie eine gefährdrohende Geldgeberin werden.

Daß sie es versteht, Geld aus ihren Opfern herauszuholen, das zeigen uns die Parteibeiträge, das Vermögen der Partei von 60 Millionen, die Gewerkschaftsbeiträge von jetzt schon 72 Millionen Mark jährlich. Prophezeien ist ein schlechtes Handwerk, aber trotzdem, ein Bild auf die heutige Sozialdemokratie und ihre Organisation berechtigt zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie in nicht allzuferner Zeit durch die „Volksfürsorge“ über Hunderte von Millionen verfügen wird. Nicht zum Heile des Vaterlandes! Die Regierung hat sich eines nicht wieder auf zu machen Fehlers in ihrer Pflicht zur Wahrung der heiligsten Interessen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung schuldig gemacht durch ihre Genehmigung zur Gründung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“.

Doch überlassen wir die Landräte der Regierung ihren Berlegenheiten und die Scharfmacher ihrem Schmerz. Wir haben jetzt viel wichtigeres zu tun. Trotz der uns widerwillig gezollten Anerkennung und trotz der die Ohnmacht der Gegner nur allzu deutlich offenbaren Wutanfälle dürfen wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß für uns der Kampf noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst beginnt. Die „Volksfürsorge“ und ihre Versicherungsstarife sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht gehindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf auf dem Felde der Werbearbeit. Man wird es an Verleumdungen der „Volksfürsorge“, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlammschlacht wird sich gegen alle diejenigen heranzuziehen, die den Mut haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterschaft nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Werbearbeit energisch aufzunehmen und möglichst weite Volksteile, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorzüge der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der „Volksfürsorge“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grund-sätzen möglicher Sparsamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrensache für die Arbeiterklasse sein, daß aus eigener Kraft geschaffene Unter-nehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der imstande ist, der

„Volksfürsorge“ seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand versage ihr die Mitarbeit und Mitbeteiligung.

Die „Volksfürsorge“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Erlebensfall, Invalidenversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung. Alles Nähere erläutern die in den nächsten Tagen herausgegebenen und verbreiteten Flugblätter und Prospekte, sowie die Auskünfte der Vertrauenspersonen, die durch die örtlichen Organisationen bestellt werden. Ueber die Bestellung der Vertrauenspersonen heißt es in den vereinbarten Grund-sätzen des Organisationsplans:

I. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der „Volksfürsorge“ möglichst gering werden, um die so erzielte Ersparnis den Versicherten zugute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Eintassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Eintassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Ueber die Art der Abrechnung der Beitragsammler, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Ortstassierern der einzelnen Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepaßte Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterklassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ nach Maßgabe dieses Organisationsplanes und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der „Volksfürsorge“ zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschaftskartelle vorhanden sind, diese vornehmen müssen.

Haben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterklassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind sie für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht erfaßten Versicherten vom Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Intasso bei diesen Versicherten besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen.

Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Eintassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die zu leistende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterstehen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrollmaßnahmen der „Volksfürsorge“.

Im übrigen verweisen wir noch auf die unter „Genossenschaftliche“ unserer heutigen Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Vorstandes der „Volksfürsorge“.

Und nun ans Werk, damit die Absichten der Gegner zunichte werden und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung bald zur vollen Entwicklung ihrer sozialen Fürsorge gelangen möge!

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Trotz des im April 1913 eingetretenen Rückganges der Andrangsziffer von 332,66 auf 267,18 ist die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe gegenwärtig noch sehr unbedrückend. Diese Ueberlastung des Arbeitsmarktes entspricht allerdings den vorliegenden Verichten über die Entwicklung der Bautätigkeit in den größeren Städten Deutschlands. In den einzelnen Monaten der Jahre 1907 bis 1913 kamen auf je 100 offene Stellen im Baugewerbe durchschnittlich Arbeitssuchende:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	251,45	374,00	441,37	499,49	596,58	458,88	530,58
Februar	250,83	359,61	443,56	342,27	361,00	357,14	322,66
März	125,72	156,02	235,04	157,53	161,00	160,90	261,18
April	110,26	139,92	126,36	146,78	128,91	144,44	—
Mai	108,67	150,97	112,25	182,00	116,34	143,31	—
Juni	104,17	147,53	155,79	159,26	124,86	130,46	—
Juli	110,18	142,74	147,92	136,57	117,75	139,24	—
August	108,80	160,58	160,85	145,29	125,88	118,41	—
September	83,30	134,60	119,85	134,94	100,93	128,32	—
Oktober	118,14	185,77	139,70	199,45	141,53	163,30	—
November	159,20	243,49	176,15	236,11	208,20	252,70	—
Dezember	215,70	330,74	273,79	277,78	266,82	296,51	—

Von den einzelnen Berufsgruppen haben die Maurer und Zimmerer die ungünstigste Arbeitsmarkt-lage zu verzeichnen. Auch bei den Gläsern und Malern steht die Andrangsziffer ganz wesentlich über dem

Wiveau des Vorjahres. Weniger überlastet erscheint hin-

Table with 3 columns: Beruf, 1912, 1913. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, etc.

Die Lage des Arbeitsmarktes der Maler, An-

Table with 4 columns: Provinz, 1912, 1913. Rows include Ost- und Westpreußen, Brandenburg, etc.

Das ungehörliche Vorgehen des Unternehmerverbandes

und seiner Trabanten, der Innungen, gegen diejenigen

An der Sache selbst kann kein Zweifel obwalten,

Die Unterlegenheit solchen Vorgehens folgt aber auch

Nun bestimmt allerdings § 10 des Innungsstatuts

In der Entscheidung des Magistrats sind die hier

Dieser besondere Hinweis auf § 10 des Innungs-

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Haupt-

Trotzdem ist anzuerkennen, daß der hiesige Magistrat

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

Agitation. Zur Förderung der Agitation in den schlecht organi-

Agitatorischen Zwecken dient auch die Reise des

Statistik. Von den Statistiken, welche im Bureau der Gene-

Für die Internationale Baufachausstellung

Lohnbewegung. Dessau. Ueber die Dessauer Kostschutzwerte wurde

Zu Spandau befinden sich die Kollegen der Firma

In Apolda sind in den Apollo-Werken sämtliche

Die Möbelfabrik München-Niesefeld zu Milberts-

Aus unserm Beruf.

Berufsunfall. Berlin. An dem Siegereisengebäude

München. Der bei der Firma Hans Urbanisch be-

Apolda. Wenn die Arbeitgeber glauben, die ver-

zum Selern geboten wird. Mag er ruhig seinen Betrieb mit Ungelehrten und Leuten, denen jeder anständige Mensch weit aus dem Wege geht, aufrecht erhalten, wir können ihm solche Leute gern. Der überaus kluge Arbeitgeber kann glauben durch Gruseligmachen die Kollegen zu willfährigen Elementen zu machen, indem er die Leute auf der Straße anhält, sie von den Gefahren einer noch längeren Aussperrung überzeugen will und zuletzt gewöhnlich erklärt: „Sehen Sie nur die Kinder der Aussperrten an, wie verlummt und verhungert sie aussehen.“ Angestellte Untersuchungen haben ein Resultat gezeigt, auf Grund dessen wir ruhig erklären können, daß die Kinder des betreffenden Herrn genau so aussehen. Wie gerade Herr Kern dazu kommt, derartige unwahre Behauptungen aufzustellen, ist uns unbegreiflich. Wenn es nicht anders ist, müssen wir uns mal mit dieser Wertstelle nächstens besonders befassen. Trotz aller Aufklärung ist es den Arbeitgebern gelungen, wieder einen aus den Reihen der Organisierten zu locken, in zehn Wochen also zwei Streikbrecher. Daß die heute noch im Kampfe stehenden festhalten, hat man auch im Lager der Arbeitgeber eingesehen, folglich hat man sich, um endlich einmal aus der fatalen Lage herauszukommen, an das Militärkommando des 94. Infanterieregiments in Sena gewandt. Daß sie stets verfolgende Begeißelung auch in diesem Falle nicht verlassen: eine glatte Ablehnung war der ganze Erfolg. Wir sind mit dem Resultat der Aussperrung zufrieden; ob dies auch die Kundschast ist, bezweifeln wir stark, denn wenn man die Arbeiten der zusammengewürfelten Arbeitswilligen betrachtet, fährt jedem Kollegen der Schrecken durch alle Glieder. Es ist ja auch erklärlich, daß ungelehrte, berufsferne Arbeiter nicht in der Lage sind, brauchbare Arbeit zu liefern. Zudem, wenn man diese Revolverarbeiter, wie sie ja vom Arbeitgeberverband selbst genannt werden, mit schneidenden, niedergeschlagenen Augen, was das böse Gewissen schon von weitem verrät, umherschleichen sieht, so sind diese Elemente tatsächlich mehr zu bedauern. Daß gegen solche Menschen zu gehen, wäre die reinste Tierquälerei. Aber organisierte Kollegen, die ohne jeglichen Grund zum Streikbrecher werden, die für alle Zeit mit dem Schandmal des Streikbruchs gekennzeichnet sind, die müssen doch anders bewertet werden.

Auch hier ist es einem Arbeitgeber gelungen, daß ehemalige Mitglied Otto Fubersleben zu gewinnen. Selbstverständlich sucht F. seine Sache zu beschönigen; zwei Briefe als Legitimation seines Verrats an den Kollegen liegen vor. Wir können darüber hinweggehen, denn seine Behauptung, sein Meister habe mit dem Verband verhandelt, ist eine gemeine Lüge; kein Mitglied der Tarifkommission, der er selbst angehört, weiß etwas davon. Die ganze Handlungsweise des F. wird aber dadurch noch gekennzeichnet, daß er während der sechs Wochen, die er aussperrt, sieben Tage Unterstützung bezog, alle andre Zeit hat er fortgesetzt geklopft. Heute bezweifeln wir es sehr stark und die Ansicht ist allgemein vorhanden, daß es Streikarbeit war. Folgendes kennzeichnet ebenfalls F. recht charakteristisch. Er sollte bei einem Arbeitgeber anfangen, der den Sonderlohn anerkannt hatte, versprach es auch hoch und teuer und ging andern Tags zu seinem alten Meister, den er vorher in Grund und Boden verflucht, weil er auch so ein Scharfmacher sei. Doch ist der Kampfesmut der Kollegen noch ungebrochen, wissen sie doch, daß letzten Endes der Sieg auf unserer Seite ist.

Eingefandt.

Die Söldlinge untrer Unternehmer! Bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft um anständige Lebensbedingungen kann man den Tiefstand gewisser Arbeiterkonkurrenten, die die Gerechtigkeit der Sache dadurch befudeln, daß sie ihren Arbeitsbrüdem in den Rücken fallen. Diese Elemente sind nur darauf bedacht, in wirtschaftlicher Beziehung besondere Vorteile für sich zu erringen. Für unsmünige Bedürfnisse werfen sie Geld weg, dagegen haben sie für ihre Berufsorganisation nichts übrig. Ihr einziges „Ich“ ist alles für sie. Bei einer Aktion, die ihnen Vorteile bringen soll, handeln sie inkonsequent, indem sie die Moral vertreten: „Was gehen mich andre Menschen an; wenn es besser geht, habe ich den Vorteil auch davon.“ Das Charaktergefühl bei diesen Menschen steht in der Regel auf einem sehr niederen Niveau. Macht man sie auf die Echtheit ihrer Handlungsweise aufmerksam, gekränkt durch Tatsachen, welche sie so gut, wie ihre Mitmenschen am eigenen Körper verspüren, so findet man selten eine Rechtfertigung, die die Tragweite ihrer Handlungsweise mildern könnte. Vor allem verteuern sie, daß ihre Arbeitskraft der Allgemeinheit dient. Von Ehrgefühl ist keine Rede bei ihnen. Allerdings gibt es auch wieder solche, die einsehen, daß ihr Standpunkt unmoralisch ist. Sie sehen ein, daß sie gehandelt haben und versuchen ihren konterbaiten Standpunkt mit einem Male umzuwerfen. Nicht lange dauert es und sie sind den Vorwürfen der Unternehmer wieder verfallen. Es ist natürlich, daß solche Arbeitswillige, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, bei diesen jede Achtung verlieren.

Die größte Mehrzahl der Scharfmacher ist genau so einzuschätzen wie die angeführten Arbeitswilligen. Gerade die Hauptscharfmacher stehen oft in dem denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Ihre Ungeschicklichkeit im praktischen Arbeiten und ihre finanzielle Schwäche erweckt in ihnen das Gefühl der Selbstherrlichkeit. Ihnen leuchtet nicht ein, daß die Pulsader aller wirtschaftlichen Tätigkeit das Großkapital ist, von dem sie genau so abhängig sind, wie der Arbeiter von ihnen.

Der Großkapitalist produziert für den Preis, der ihm gefällt und weil er konkurrenzlos ist, unterwirft sich der Unternehmer und Kaufmann (leider muß man sagen) dessen Diktatur. Der Arbeiter als Erzeuger aller Güter will seine Arbeitskraft so verkaufen, daß er anständig leben kann. Hier hieße es für den Unternehmer so gut wie für den Kaufmann, vereint mit den Arbeitern dem Großkapital die Macht abzuringen. Statt dessen werden Aussperrungen inszeniert, um der organisierten Arbeiterschaft den Garaus zu machen. Darf diesen Maßnahmen wird die Zahl der Unternehmer größer, die einsehen, daß die moderne Arbeiterbewegung nicht zu vernichten ist, und ferner, daß sie um ihrer eigenen Existenzfähigkeit der Mitarbeit der Arbeiterschaft bedarf.

Die Söldlinge der Scharfmacher, von denen ein großer englischer Richter sagte: „Was ein Vaterlandver-

räter für sein Vaterland ist, dasselbe ist ein Streikbrecher, wenn er seinen Arbeitskollegen in den Rücken fällt“, werden auch mal verschwinden. Die jüngere Generation mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen, ihnen die Gerechtigkeit des heiligen Kampfes einzutranken, muß unsere Hauptaufgabe sein. Sie können und werden unser sein. Fr. L., Hagen.

Aus Unternehmertreisen.

Bittere Pillen.

zu kosten gibt ein Malermeister in Dortmund den aussperrungslüsternden Arbeitgebern im Malergewerbe. Der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 17. Mai ging folgende Zuschrift eines dortigen Malermeisters zu:

„Mit welchem Aufwand von Pathos und Kraftmetzel ist diese Aussperrung inszeniert worden! In welchem Himmel despotischer Machtgelüste haben sich die Führer und sonstigen Oberscharfmacher im Getöse schon verlegt gefühlt! Mit welcher Wollust glaubte der Arbeitgeberbund als „Mitter Georg“ dem niedrigeren Drachen „Arbeitnehmerorganisation“ den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Wie ganz anders ist es indes gekommen! Es ist selber nicht immer so gewesen, daß die Unwahrscheinlichkeit im Kampfe gegen die Arbeitnehmer solche Schläge bekam, wie bei dieser störseligen Aussperrung. Aber es ist gut so! Mit welchen Mitteln suchten die Führer des Arbeitgeberverbandes die Kleinmeister mit in diese Aussperrung hineinzubringen. Wenn auch ein großer Teil dieser Kleinmeister sich gegen diese wirtschaftliche wie politische Maßnahme ablehnend verhielt, so gab es immer noch einige, welche sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage nicht bewußt von den Scharfmachern ins Schlepptau nehmen ließen. Die Mittel, die von den Führern teilweise mit Erfolg angewandt wurden, sind ohne weiteres geschildert. Ich erinnere nur an die sog. „Schwefel“, die Materialsperrung und die eingeführten schwarzen Listen, welche letztere dem Arbeitgeberverband für das gesamte Baugewerbe von dem Arbeitgeberverband der Maler- und Anstreichermeister übermittelt sind. In dieser Liste befinden sich, speziell was Dortmund anbelangt, circa 14 größere, mittlere und kleine Geschäfte.

Der Hauptmatador des Arbeitgeberverbandes, der Syndikus Dr. Götsch, hat im Schwelche seines Angeichts die Verbands- und Innungsmitglieder dahin bearbeitet, daß sie sich alle, alle dem Machtbruch des Arbeitgeberverbandes fügen und die organisierten Gehilfen auf die Strafe werfen sollten. Als an dem denkwürdigen Tage im „Löwenhof“ in Dortmund von den Arbeitgeberverbänden, nach einem Referat des Dr. Götsch, die Aussperrung beschlossen wurde, zogen die aussperrungslüsternden Maler- und Anstreichermeister in gehobener Stimmung zur Innungsbekanntmachung, um dort Propaganda für die Aussperrung zu machen. Es kam aber anders, als es sich die Herren gedacht hatten. Nach einem Referat des Dr. Götsch traten in der Diskussion zwei Innungsmitglieder dem Referenten in scharfer Weise entgegen und wiesen nach, daß die Unternehmer keine Ursache hätten, eine Aussperrung zu inszenieren; um so mehr nicht, als die Beschlässe der Unparteilichen in Berlin — den Verhältnissen entsprechend — für die Unternehmer als durchaus günstig bezeichnet werden müßten. Das Gebrüll einzelner Oberscharfmacher, welches diese Ausführungen begleitete, ließ erkennen, daß die Redner das Richtige getroffen hatten. Das Gute ist indes geschehen: Dortmund hat sich so gut wie gar nicht an der Aussperrung beteiligt.

Bei dem jährlichen Einkommen eines Malergehilfen von 1100 bis 1200 Mk. bei voller Beschäftigung macht eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. auf drei Jahre verteilt (also für ein Jahr pro Stunde 1 Pfg.) aus. Eine solche Lohnaufbesserung ist im Verhältnis zu der bestehenden Forderung eine lumpige Bagatelle! Ich will nicht von den Scharfmachern verlangen, wir die menschenwürdige Existenzmöglichkeit einer Arbeiterfamilie bei einem Einkommen von 1100 Mk. einwandfrei nachzuweisen, ich will vielmehr auf eine andre größere Gefahr hinweisen, die unserm Beruf mehr schädigt als eine geringe Lohnerhöhung und zwar auf den unerhörten Materialwucher der letzten Jahre und den ungleich wichtigen Punkt der Preisunterbietung der Kollegen. Hat man schon jemals den Arbeitgeberverband und die Zwangsmaßnahmen im Kampfe gesehen gegen die Vertrufung der notwendigen Berufsmaterialien, als Leinöl, Terpentinöl, Bleiweiß usw. Dieser Kampf gegen eine Großkapitalistenclique, welche den ganzen Markt der Berufsmaterialien beherrscht, wäre des Schweißes der Edlen vom Arbeitgeberbund und der Innungen wert. Millionen und Abermillionen werden den Maler- und Anstreichermeistern durch Aufkauf der Leinöle und Terpentine durch den Großhändlertrast aus den Taschen geraubert. Dagegen wird nicht Stellung genommen. Solches gehört zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber sobald der Malergehilfe sich erinnert, daß er und seine Familie ein menschenwürdiges Dasein zu führen berechtigt ist und er infolgedessen seine Arbeitskraft höher verkaufen muß, da rufen sich der Arbeitgeberverband und die Innung zusammen, um in größter Eile die geforderten geringen Stundenpennie zu weigern. Zu bedauern ist nur, daß das Gros der Kleinmeister, welche ihrem ganzen Wesen nach zum Proletariat gehören, sich in Verkennung ihrer Lage von den Scharfmachern ins Schlepptau nehmen lassen und dadurch gegen ihre ureigensten Interessen handeln.

Die durch die großkapitalistischen Schwelgere herangerufenen Geldknappheit hat den Baumarkt in diesem Jahre so gut wie brach gelegt. Obwohl diese Erscheinung, wie beobachtet wird, alle 6-7 Jahre auf dem Baumarkt in die Erscheinung tritt, — stets, um eine künstliche Wohnungsnot herbeizuführen und dadurch die Rücken in die Höhe zu schmeißen, andererseits um die bekannten Bauverträge herbeizuführen, bei denen die ersten Hypothekensitzer dann ihren Reibach machen. Der Arbeitgeberverband, welchem diese Tatsache nicht unbekannt war, hielt diese Zeit für die geeignete, um den Kampf mit den Gehilfenorganisationen zu wagen. Die niedersperrung auf die Arbeitgeberverbände wirken muß, kann man ihnen nachfühlen, wenn man in Erwägung zieht, daß selbst die geringe Bauverfügung, welche gleichbedeutend ist mit einem gewissen Arbeits-

mangel, ihnen nicht den erwünschten und herbeigesehnten Erfolg gebracht hat. Betrachtet man als Mensch diese ganze Frage, indem man von dem Grundsatze ausgeht, daß jeder Mensch das Recht zum Leben hat, und zieht man weiter in Erwägung, daß die sog. Maler- und Anstreichermeister aus der Gehilfenschaft hervorgegangen sind, daß „Wohl und Behe“ der Gehilfen demnach kennen müssen, so ist diese Aussperrung nicht ein Akt der Notwehr, sondern eine vom Herrenstandpunkt aus billigte Ueberhebung, die mit allen gesetzlichen Mitteln und aller Energie von den organisierten Gehilfen bekämpft zu werden verdient.

Ober will man die von den Scharfmachern so oft im Munde geführte „Staubesehre“ den Gehilfen dadurch zum Bewußtsein bringen, daß man ihre Lebenshaltung mit allen unlauteeren Mitteln herabzubringen sucht? Begeißelt man im Scharfmacherlager denn nicht, daß die so oft beklagte Lehrlingsflucht aus dem Gewerbe mit den traurigen Erwerbs- und Lohnverhältnissen in Einklang zu bringen ist?

Befolget die Gehilfen besser und seht in denselben nicht Feinde, dann werdet ihr der „Staubesehre“ am ersten die Wege ebnen.“

Gewerkschaftliches und Soziales.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912. Das Kaiserl. Stat. Amt hat die vorläufige, noch nicht detaillierte Uebersicht über die Arbeitsfreistatigkeiten des Jahres 1912 veröffentlicht. Die Zahl und der Ausgang der Streiks waren demnach in den einzelnen Vierteljahren und im Gesamtzeitraum die folgenden:

1912	Zahl der Streikenden	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl d. gleichzeitig Streikenden	Die Streiks hatten vollen teilw. keinen Erfolg	
1. Vierteljahr	647	1303	262 201	78	199 370
2. Vierteljahr	842	3817	77 260	129	399 514
3. Vierteljahr	637	1422	38 660	97	239 241
4. Vierteljahr	374	741	27 335	84	131 159
Vorst. Jahressumme 1912	2500	7283	405 746	388	1028 1084
Jahressumme 1911	2566	10640	217 809	497	1186 883

Die Zahl der Streiks hat demnach gegenüber dem Vorjahre kaum eine Veränderung erfahren. Dagegen ist die Zahl der betroffenen Betriebe zurückgegangen, während gleichzeitig die Anzahl der Streikenden fast auf das Doppelte stieg. Der Erfolg der Streiks war im vorigen Jahr ungünstiger als 1911. Nur etwa 15 Proz. aller Streiks hatten vollen, 41 Proz. teilweisen und 44 Proz. keinen Erfolg. Doch ist bekanntlich die amtliche Statistik gerade in dieser Beziehung nicht besonders zuverlässig.

Die Statistik der Aussperrungen zeigt folgendes Bild:

1912	Zahl der Aussperrungen	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl d. gleichzeitig Aussperrt.	Die Aussperr. hatten vollen teilw. keinen Erfolg	
1. Vierteljahr	146	618	24 229	74	69 3
2. Vierteljahr	113	1455	18 062	8	101 4
3. Vierteljahr	29	127	22 119	7	18 4
4. Vierteljahr	36	358	10 320	7	25 4
Vorst. Jahressumme 1912	324	2558	74 780	96	213 15
Jahressumme 1911	232	1933	138 354	73	146 13

Umgekehrt wie bei den Streiks ist bei den Aussperrungen die Zahl der Kämpfe und die der beteiligten Betriebe zwar in die Höhe gegangen, aber die der betroffenen Arbeiter gesunken. Das Resultat ist etwa das gleiche wie im Jahre 1911: 30 Proz. der Aussperrungen hatten (für die Unternehmer) vollen, 66 Proz. teilweisen und 4 keinen Erfolg.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer.

Der „Korrespondent“ der Buchdrucker veröffentlichte kürzlich ein Protokoll über eine Sitzung des Tarifausschusses, die diese oberste paritätische Körperschaft in der Tariforganisation der Buchdrucker am 21. und 22. April in Berlin abhielt. Kein dürftiges Resümee, kein trocken beschließendes Protokoll, sondern der vielversprechende Niederschlag von ebenso wichtigen wie interessanten Verhandlungen ist da im „Korrespondent“ zu lesen. Die Dinge, die sich seit Jahr und Tag und besonders in der letzten Zeit wieder um die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker abspielten, haben Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Nicht nur die Reichhaltigkeit der Lageordnung dieser inmitten einer Tarifperiode stattgefundenen Sitzung des Tarifausschusses und nicht der bemerkenswerten Umstände, daß die verschiedensachen Referate über die Tarifauslegungen oder letztinstanzliche Urteile des Tarifamtes über die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durchweg zugunsten des Tarifamtes, das ein ständiges Bureau in Berlin unterhält, ausgingen, sondern die prinzipielle Seite dieser Tagung ist es, die von allen Arbeitern gewürdigt zu werden verdient.

Materielle Änderungen an dem bis Ende 1916 laufenden Tarife zu treffen, lag weder in der Befugnis noch in der Absicht der Vertragskontrahenten der Buchdrucker Tariftarifgemeinschaft. Aus dem ausführlich gehaltenen Verhandlungsprotokoll läßt sich vielmehr schlussfolgern, daß am 21. und 22. April ein reinigendes Gewitter die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker durchgezogen hat, das am äußeren und inneren Frieden herausgeschworen war, für die offenen wie verkappten Friederhöfer manchen Donnereschlag brachte, den im Mittelplumpe aller Angriffe stehenden Buchdruckerverband aber nicht nur unerschüttert ließ, sondern für ihn zu weiterer Festigung seiner Position in der Tarifgemeinschaft gefährdete. Das ist die aus dem offiziellen Protokoll sich ergebende Schlussfolgerung. Vielleicht (oder vielmehr hoffentlich) ist der Mißerfolg für die, die seit langem die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker in ein Kreuzfeuer genommen haben, in Wirklichkeit noch schlimmer. Es wäre das die vollste verdiente Antwort auf die Preistreiberien und sonstigen Machinationen der großindustriellen Scharfmacher, die im Buchdruckergerwebe eine kleine Son-

Niveau des Vorjahres. Weniger überlastet erscheint hingegen der Arbeitsmarkt der Erdarbeiter, Handlanger und Tagelöhner. Zweifellos hat hier der flotte Geschäftsgang im Tiefbau und in der Industrie sowie die günstige Lage des Arbeitsmarktes für ländliche Arbeiter ausgleichend gewirkt. Im einzelnen berechneten sich die Andrangsziffern für die verschiedenen Berufsgruppen wie folgt:

Table with 4 columns: Beruf, 1912 (Febr., März), 1913 (Febr., März). Rows include Maurer, Ruder, Stukkateure, Zimmerer, Treppenhauer, Maler, Anstreicher, Lackierer, etc.

Die Lage des Arbeitsmarktes der Maler, Anstreicher usw. war zwar ebenfalls größtenteils schlechter als im Vorjahre, die Andrangsziffer erreichte jedoch nur in seltenen Fällen so abnorme Höhen wie bei den andern Berufsgruppen. Es kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Bewerber:

Table with 4 columns: Beruf, 1912 (Febr., März), 1913 (Febr., März). Rows include Ost- und Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, Pommern, etc.

Das ungehörliche Vorgehen des Unternehmerverbandes

und seiner Trabanten, der Innungen, gegen diejenigen Malermeister, die die nur zu berechtigten Forderungen der Gewerkschaften bewilligten und dafür in eine Geldstrafe von 20 Mk. verurteilt wurde, wurde aufs neue bestrahlt durch den hiesigen Magistrat. Einige hiesige Malermeister wurden ebenfalls in Strafe genommen und diese richtungslos eingetrieben. Die hiergegen eingelegte Beschwerde, in der auf das ungehörliche Vorgehen der Innung unter Berufung auf den Ministerialerlass vom 26. Juni 1911 verwiesen wurde, hatte vollen Erfolg. In der Entscheidung des Magistrats vom 7. Mai 1913 heißt es u. a.:

In der Sache selbst kann kein Zweifel obwalten, daß der Strafbescheid gegen das Gesetz verstößt. Die Innungen, als öffentlich-rechtliche Organisationen zur Erfüllung bestimmter Aufgaben berufen, sind als solche nicht befugt, in dem gewerblichen Arbeitskampf als Partei handelnd einzutreten. Das Gesetz macht es ihnen zur Pflicht, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu fördern (§ 21, Nr. 2, für Zwangsinnungen gemäß § 100, Gew.-O.) und verwehrt ihnen damit die Rolle der Kampforganisation, die eben deswegen auch nicht unter die freiwilligen in § 51b Gew.-O. nicht einschließend aufgeführten Innungen aufgenommen werden kann; auch die letzteren dürfen zumal bei den Zwangsinnungen (Landmann, Gew.-O. § 51b, Nr. 2) ebensoviele, wie die im Gesetz ausdrücklich erwähnten, auf neutralem Boden bewegen. Demgemäß ist seinerzeit durch Ministerialerlass vom 2. Januar 1903 (S. 14, Nr. 1905, 2) der Weiritt einer Innung zu einem Arbeitgeberverband für unzulässig erklärt, und wenn der spätere Erlass vom 27. Okt. 1909 (S. 14, Nr. 1909, 491) ihn, mit Rücksicht auf die Einwirkung des Tarifvertrages und die damit sich anbahnende Kartellgewerkschaft beider Parteien des Arbeitsmarktes, an sich für zulässig erachtet, so schließt er doch hinsichtlich Kampforganisationen ausdrücklich aus, die Innungen, die mit Landmann, Gew.-O. § 51b, Nr. 2, als rechtlich darüber hinausreichend anerkannt sind, Gebieten der Arbeitskampfs aber nicht zum Zweck der Innung, so darf sie ihren Mitglieder nicht die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen auferlegen, die dem Arbeitskampfe dienen (§ 51b, Nr. 2, Gew.-O.), und der Vorstand in diesem Sinne, die Mitglieder durch Ordnungsgelassenen zu verpflichten.

Die Unzulässigkeit solchen Vorgehens folgt aber auch aus § 51b, Nr. 2, Gew.-O. Selbst wenn man die Tätigkeit der Innungen auf dem Gebiete des Arbeitskampfes sehen will, so würde doch auch für sie die unzulässige Teilnahme an dem Kampfe, das jedem Teilnehmer von vornherein von dem Arbeitgeberverband und dem Arbeitgeberverband jederseits verboten ist, nicht zu erheben. Nach dem Ministerialerlass vom 26. Juni 1911 (S. 14, Nr. 1911, 491) sind die Innungen, die sich an dem Arbeitskampfe beteiligen, nicht befugt, die Mitglieder durch Ordnungsgelassenen zu verpflichten, die Innungen, die sich an dem Arbeitskampfe beteiligen, nicht befugt, die Mitglieder durch Ordnungsgelassenen zu verpflichten, die Innungen, die sich an dem Arbeitskampfe beteiligen, nicht befugt, die Mitglieder durch Ordnungsgelassenen zu verpflichten.

Nun bestimmt allerdings § 10 des Innungsstatuts (in der Fassung des Nachtrages vom 29. Mai/18. Juli 1905), jedes Mitglied sei verpflichtet, ... den Beschlüssen der Innungsversammlungen, auch solchen, welche die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen den Meistern, Gesellen und sonstigen im Arbeitsverhältnisse stehenden Personen, sowie die Einführung eines allgemeinen Arbeitsvertrages, oder einer Arbeitsordnung bezwecken, und den Anordnungen, welche vom Vorstand und den Ausschüssen der Innung innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffen werden, Folge zu leisten und droht Zuwiderhandlungen mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. Daß ein solcher Fall vorliegt, mag anerkannt werden. Dann widerspricht aber die Bestimmung insoweit den oben dargelegten gesetzlichen Vorschriften, und ist daher insoweit ungültig, trotz der Genehmigung durch den Bezirksausschuß, bei der diese abnormen Bedenken wohl nicht zur Geltung gekommen sind. Auch auf die Sapung läßt sich mithin der Strafbescheid nicht mit Erfolg stützen. Es war daher die Aufhebung des Strafbescheides auszusprechen."

In der Entscheidung des Magistrats sind die hier im Spectrdruck wiedergegebenen Sätze unterstrichen. Damit will der Magistrat anscheinend die Mitglieder der Innung ganz besonders auf den Inhalt des § 10 des Innungsstatuts hinweisen, durch welchen bestimmt ist, daß den Beschlüssen der Innungsversammlung, welche die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen den Meistern und Gesellen und sonstigen im Arbeitsverhältnisse stehenden Personen, sowie die Einführung eines allgemeinen Arbeitsvertrages oder einer Arbeitsordnung bezwecken, nachzukommen sei. Ja, der Magistrat bemerkt sogar, daß ein solcher Fall hier vorliegt, mag anerkannt werden."

Dieser besondere Hinweis auf § 10 des Innungsstatuts ist vollkommen hinfällig, weil feststeht, daß die hiesige Malerinnung gar keinen Beschluß in dem gegenwärtigen Lohnkampfe gefaßt hat.

Wie aus einem Rundschreiben des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe vom 2. März 1913 hervorgeht, hat der Hauptvorstand der Arbeitgeberverbände in seiner Sitzung vom 2. März 1913 beschlossen, daß bis zum Sonnabend den 8. März sämtliche in den Malerbetrieben beschäftigten Arbeiter zu entlassen seien. Ausnahmen sollten nicht gemacht werden. Gau I hat am Dienstag den 4. März mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beginnen. Gau I ist hier Schleswig-Holstein.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Hauptvorstand am 2. März diesen Beschluß gefaßt hat und am 4. März schon ausgearbeitet wurde, so ergibt sich ohne weiteres, daß die hiesige Malerinnung in dieser Angelegenheit einen Beschluß nicht mehr fassen konnte, sondern lediglich als Ausführungsorgan der vom Hauptvorstand gefaßten Beschlüsse anzuzurechnen ist. Und wenn wir uns weiter vergegenwärtigen, daß dem Hauptvorstand, wie aus den Unterjchriften des betreffenden Rundschreibens hervorgeht, nicht ein einziges Mitglied aus Schleswig-Holstein angehört, so wird uns ohne weiteres klar, daß der Hinweis, ein Fall des § 10 des Innungsstatuts liege hier vor, vollkommen verfehlt ist.

Trotzdem ist anzuerkennen, daß der hiesige Magistrat durch die vorliegende Entscheidung das von der Innung begangene Unrecht korrigiert hat und es wäre nur zu wünschen, daß auch die einzelnen Malermeister einschließen lernen, welche ungehörlichen Wege der Hauptvorstand befolgt, um seine am 2. März gefaßten Beschlüsse durchzubringen.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

Agitation.

Zur Förderung der Agitation in den schlecht organisierten Bezirken werden seit Jahren Agitationskommissionen, Arbeitersekretariate oder Gewerkschaftssekretariate seitens der Generalkommission finanziell unterstützt respektive von dieser die erforderlichen Kosten vollständig gedeckt. In den bisherigen Einrichtungen dieser Art ist nunmehr ein Gewerkschaftssekretariat für das lothringische Industriegebiet mit dem Sitz in Metz getreten. In diesem Gebiet entwickelt sich eine Industrie, die in kurzer Zeit in bezug auf Ausdehnung und Leistungsfähigkeit der gleichartigen Industrie in Rheinland-Preußen und Ober-Schlesien mindestens ebenbürtig sein wird. Schon heute werden große Arbeitermassen in dem neuen Industriegebiet beschäftigt. Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisierung dieser Massen wird dadurch erheblich erschwert, daß die lothringischen Arbeiter zum großen Teil nur französisch oder italienisch sprechen. Es mußte deshalb ein Gewerkschaftssekretariat angefaßt werden, der die französische Sprache vollständig beherrscht. Da der bisherige Arbeitersekretär in Saarbrücken dieser Anforderung entsprach, so wurde er für diesen Posten gewählt. In dem Sekretariat in Saarbrücken ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als der Vergarbeiterverband einen erheblichen Teil der Kosten für das Sekretariat übernommen hat. Dafür stellte er die Anforderung, daß der neu einzusetzende Sekretär aus Vergarbeiterkreisen entnommen wird, weil seine Hauptaufgabe die Bearbeitung der Rechtsangelegenheiten der Vergarbeiter ist. Diesem Wunsche des Vergarbeiterverbandes wurde Rechnung getragen.

Die Anforderungen an die Aufgabe zur Errichtung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären sind die gleichen geblieben wie in den Vorjahren. Es kann nicht allen diesen Wünschen Rechnung getragen werden, so berechtigt sie im Einzelfall sein mögen. Die Veränderung in dem Sekretariat übertrug die Errichtung von Arbeitersekretariaten in mehreren Orten notwendig machen. Wenn auch für einzelne dieser Sekretariate ein Zuständigkeitsbereich der Generalkommission erforderlich sein wird, so müssen in der Hauptsache die organisierten Arbeiter in den Bezirken der Oberverwaltungsämter die Kosten selbst tragen, wenn ihre Rechtsansprüche schutzfähig vertreten haben wollen. Es wird zur Durchführung dieser Errichtung von Bezirksämtern, abgegrenzt nach den Bezirken der Oberverwaltungsämter, notwendig sein.

Agitationen zwecken dienten auch die Reise des Vorsitzenden der Generalkommission in den Vereinigten Staaten. Sie erstreckte sich auf die wichtigsten Industriegebiete des Landes von New York bis Los Angeles und Seattle an der Westküste und dauerte von Anfang April bis Ende Juli 1912. Die Einladung zu dieser Agitationstour ging von der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten und der American Federation of Labor aus. Der erste Teil der Versammlungen wurde von der letzteren, der zweite Teil von der Partei arrangiert. Die Reise selbst und die Beobachtungen und Erfahrungen über die Arbeiterbewegung des Landes werden in einem in einigen Monaten erscheinenden Bericht geschildert werden.

Statistik.

Von den Statistiken, welche im Bureau der Generalkommission regelmäßig bearbeitet werden, hat nur die Streikstatistik infolgedessen eine Erweiterung erfahren, als nunmehr auch für die Lohnbewegungen eine Uebersicht nach Bundesstaaten und Provinzen geordnet gegeben wird. Die sehr umfangreiche und zeitraubende Arbeit des Vergleichs der Ergebnisse der amtlichen mit denen der gewerkschaftlichen Streikstatistik muß vorläufig noch weiter gemacht werden. Obgleich Jahr für Jahr nachgewiesen wird, daß die amtliche Statistik unvollständig und unrichtig und deshalb ohne wissenschaftlichen Wert ist, hat sich das Reichsamt des Innern zu einer Aenderung nicht entschließen können. Bei der jetzt abgeschlossenen Etatsberatung hat zwar ein Regierungsdirektor in der Budgetkommission erklärt, daß eine Aenderung in der Aufnahme der amtlichen Statistik erfolgen werde, doch ist nicht bekannt, welcher Art diese Aenderungen sein und wann sie eintreten werden. Von dem Reichsstatistischen Amt ist eine Statistik über den Umfang der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung ausgenommen worden. Von den Verbandsvorständen wurde das erforderliche Material bereitwillig geliefert. Es wäre dringend notwendig, daß seitens des Statistischen Amtes auch festgestellt wird, inwieweit die Arbeitsnachweise der Unternehmerorganisationen unrechtmäßigweise mit großen Zahlen über die Vermittlung operieren. Vielfach sind diese Arbeitsnachweise nur Kontrollstellen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch andere Stellen, jedoch sind die Arbeiter dann gezwungen, vor Antritt der Arbeit sich bei dem Unternehmer nachzuweisen zu lassen. Diese Meldung, die mit der Arbeitsvermittlung nichts zu tun hat, sondern bezweckt, die Arbeiter einer Kontrolle über ihre Gesinnung und Organisationszugehörigkeit zu unterwerfen, wird dann als Arbeitsvermittlungsfall gebucht. Diesem Unfug sollte durch genaue Prüfung der Zahlenangaben der Unternehmer nachweise seitens des Statistischen Amtes gesteuert werden.

Für die Internationale Ausstellung in Leipzig sind im Bureau der Generalkommission graphische Darstellungen über Unfälle, die Erkrankungs- und Todesfälle der Arbeiter des Baugewerbes hergestellt worden. Für die Unfälle ist die Darstellung nach den Berichten der Berufsvereinigungen angefertigt. Ueber Erkrankungs- und Todesfälle der Arbeiter des Baugewerbes werden nach den Berichten der Ortskrankenkassen in Berlin, Dresden, Königsberg, Straßburg i. El. und Stuttgart graphische Darstellungen unter Vergleich mit die Gesamtziffer der Erkrankungs- und Todesfälle angefertigt. Das Material wird in dem seitens der beteiligten Gewerkschaften errichteten Gebäude, das in dem Ausstellungsplan als „Pavillon der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bezeichnet wird, ausgestellt werden.

Lohnbewegung.

Dessau. Ueber die Dessauer Koffschuhwerke wurde wegen Nichtauszahlung der Ueberlandvergütung die Sperre verhängt.

In Berden befinden sich die Kollegen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Lackierer.

In Spandau befinden sich die Kollegen der Firma „Dapag“, Staalen-Berlin, im Streik. Zugang von Lackierern und Malern ist streng fernzuhalten.

In Apolda sind in den Apollo-Werken sämtliche Arbeiter ausgeperrt. Zugang von Lackierern ist streng fernzuhalten.

Die Möbelfabrik München-Niesensfeld zu Wilberthosen-München sperre ihre sämtlichen Lackierer aus. Die Fabrik ist für Lackierer gesperrt.

Aus unserem Bernf.

Berufsunfall. Berlin. An dem Siebereigebäude des Vorkriegswerkes in Ziegel werden zurzeit Anstreicharbeiten von einem auswärtigen Unternehmer ausgeführt. Als am 23. Mai ein Gerüst verschoben werden sollte, brach ein morsches Rundholz, auf das die Laufstegträger aufgelegt waren. Vier Anstreicher stürzten 12 Meter hoch herab; vom nachhängenden Gerüstmaterial wurden auch zwei Arbeiter der Sieberei getroffen, so daß sechs Personen Arm-, Bein- und Kopfverletzungen davontrugen, drei davon schwere.

München. Der bei der Firma Ganz Urbanisch beschäftigte Kollege Koch befand sich in Garntisch-Parteien auf Landarbeit. Am Sonntag den 13. Mai machte er einen Ausflug mit einer Gesellschaft und stürzte bei dieser Gelegenheit in der Fölkentallammer ab; der Abfall führte seinen sofortigen Tod herbei. Die Leiche des Kollegen wurde nach München übergeführt.

Apolda. Wenn die Arbeitgeber glauben, die verflohenen Pfingstfeiertage sowie die lange Ausperrung würden genügen, um unsere Kollegen müde zu machen und ihnen den Frieden bedingungslos zu diktieren, so hat man sich abnormale getraut. Die Tat über den feinen Zusammenhalt der Kollegen zeitigt die sonderbarsten Auslassungen über den Verband und seine Mitglieder. So erklärte kürzlich der Arbeitgeber Humold: „Die Brüder werden alle nicht wieder eingestellt!“ Wenn er würde, wie wir uns nach seiner Rede sehnten, so jedem Kollegen schon in der Sommerzeit Gelegenheit

zum selern geboten wird. Mag er ruhig seinen Betrieb mit ungelehrten und Leuten, denen jeder anständige Mensch weit aus dem Wege geht, aufrecht erhalten, wir können ihm solche Leute gern. Der überschlaue Arbeitgeber Kern glaubte durch Gruseligmachen die Kollegen zu willfährigen Elementen zu machen, indem er die Leute auf der Straße anhält, sie von den Gefahren einer noch längeren Aussperrung überzeugen will und zuletzt gewöhnlich erklärt: „Sehen Sie nur die Kinder der Aussperrten an, wie verkrüppelt und verhungert sie aussehen.“ Angestellte Untersuchungen haben ein Resultat gezeitigt, auf Grund dessen wir ruhig erklären können, daß die Kinder des betreffenden Herrn genau so aussehen. Wie gerade Herr Kern dazu kommt, derartige unwahre Behauptungen aufzustellen, ist uns unbegreiflich. Wenn es nicht anders ist, müssen wir uns mal mit dieser Wertseite nächstens befassen. Trotz aller Aufklärung ist es den Arbeitgebern gelungen, wieder einen aus den Reihen der Organisierten zu locken, in zehn Wochen also zwei Streikbrecher. Daß die heute noch im Kampfe stehenden festhalten, hat man auch im Lager der Arbeitgeber eingesehen, folglich hat man sich, um endlich einmal aus der fatalen Lage herauszukommen, an das Militärkommando des 94. Infanterieregiments in Jena gewandt. Daß sie stets verfolgende Begeisterung auch in diesem Falle nicht verlassen: eine glatte Ablehnung war der ganze Erfolg. Wir sind mit dem Resultat der Aussperrung zufrieden; ob dies auch die Kundtschaft ist, bezweifeln wir stark, denn wenn man die Arbeiten der zusammengewürfelten Arbeitswilligen betrachtet, fährt jedem Kollegen der Schrecken durch alle Glieder. Es ist ja auch erklärlich, daß ungelernete, berufsferne Arbeiter nicht in der Lage sind, brauchbare Arbeit zu liefern. Zudem, wenn man diese Heberarbeiter, wie sie ja vom Arbeitgeberverband selbst genannt werden, mit scheuen, niedergeschlagenen Augen, was das böse Gewissen schon von weitem verrät, umherschleichen sieht, so sind diese Elemente tatsächlich mehr zu bedauern. Gäh gegen solche Menschen zu hegen, wäre die reinste Tierquälerei. Aber organisierte Kollegen, die ohne legitimen Grund zum Streikbrecher werden, die für alle Zeit mit dem Schandmal des Streikbruchs gekennzeichnet sind, die müssen doch anders bewertet werden.

Auch hier ist es einem Arbeitgeber gelungen, das ehemalige Mitglied Otto Hubersleben zu gewinnen. Selbstverständlich sucht er seine Sache zu beschönigen; zwei Urteile als Legitimation seines Verrats an den Kollegen liegen vor. Wir können darüber hinweggehen, denn seine Behauptung, sein Meister habe mit dem Verband verhandelt, ist eine gemeine Lüge; kein Mitglied der Tarifkommission, der er selbst angehört, weiß etwas davon. Die ganze Handlungsweise des H. wird aber dadurch noch gekennzeichnet, daß er während der sechs Wochen, die er aussteht, sieben Tage Unterstützung bezog, alle andre Zeit hat er fortgesetzt gepflückt. Heute bezweifeln wir es sehr stark und die Ansicht ist allgemein vorhanden, daß es Streikarbeit war. Folgendes kennzeichnet ebenfalls H. recht charakteristisch. Er sollte bei einem Arbeitgeber anfangen, der den Sonderlohn anerkannt hatte, versprach es auch hoch und teuer und ging andern Tags zu seinem alten Meister, den er vorher in Grund und Boden verfluchte, weil er auch so ein Scharfmacher sei. Doch ist der Kampfesmut der Kollegen noch ungebrochen, wissen sie doch, daß letzter Endes der Sieg auf unserer Seite ist.

Eingefaselt.

Die Söldlinge unserer Unternehmer! Bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft um anständige Lebensbedingungen kann man den Treßhand gewisser Arbeiter konstatieren, die die Gerechtigkeit der Sache dadurch bejubeln, daß sie ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen. Diese Elemente sind nur darauf bedacht, in wirtschaftlicher Beziehung besondere Vorteile für sich zu erringen. Für unanständige Bedürfnisse werfen sie Geld weg, dagegen haben sie für ihre Berufsorganisation nichts übrig. Ihr eignes „Ja“ ist alles für sie. Bei einer Aktion, die ihnen Vorteile bringen soll, handeln sie inkonsequent, indem sie die Moral vertreten: „Was gehen mich andre Menschen an; wenn es besser geht, habe ich den Vorteil auch davon.“ Das Charaktergefühl bei diesen Menschen steht in der Regel auf einem sehr niederen Niveau. Macht man sie auf die Ehrlosigkeit ihrer Handlungsweise aufmerksam, gestört durch Tatsachen, welche sie so gut, wie ihre Rittmenschen am eigenen Körper verspüren, so findet man selten eine Rechtfertigung, die die Tragweite ihrer Handlungsweise mildern könnte. Vor allem verkennen sie, daß ihre Arbeitskraft der Allgemeinheit dient. Von Ehrgefühl ist keine Rede bei ihnen. Allerdings gibt es auch wieder solche, die einsehen, daß ihr Standpunkt unmoralisch ist. Sie sehen ein, daß sie gescholt haben und versuchen ihren konservativen Standpunkt mit einem Male umzuwerfen. Nicht lange dauert es und sie sind den Lockungen der Unternehmer wieder verfallen. Es ist natürlich, daß solche Arbeitswillige, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, bei diesen jede Achtung verlieren.

Die größte Mehrzahl der Scharfmacher ist genau so einzuschätzen wie die angeführten Arbeitswilligen. Gerade die Hauptscharfmacher stehen oft in dem denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Ihre Ingeheiligkeit im praktischen Arbeiten und ihre finanzielle Schwäche erweist in ihnen das Gefühl der Selbstherrlichkeit. Ihnen leuchtet nicht ein, daß die Pulsader aller wirtschaftlichen Tätigkeit das Großkapital ist, von dem sie genau so abhängig sind, wie der Arbeiter von ihnen.

Der Großkapitalist produziert für den Preis, der ihm gefällt und weil er konkurrenzlos ist, unterwirft sich der Unternehmer und Kaufmann (leider mag man sagen) dessen Diktatur. Der Arbeiter als Erzeuger aller Güter will seine Arbeitskraft so verkaufen, daß er anständig leben kann. Hier liegt es für den Unternehmer so gut wie für den Kaufmann, vereint mit den Arbeitern dem Großkapital die Macht abzurufen. Statt dessen werden Aussperrungen inszeniert, um der organisierten Arbeiterschaft den Garaus zu machen. Damit diesen Maßnahmen wird die Zahl der Unternehmer größer, die einsehen, daß die moderne Arbeiterbewegung nicht zu vernachlässigen ist, und ferner, daß sie um ihrer eignen Existenzfähigkeit der Mitarbeit der Arbeiterschaft bedarf.

Die Söldlinge der Scharfmacher, von denen ein großer englischer Richter sagte: „Was ein Vaterlandsver-

räter für sein Vaterland ist, dasselbe ist ein Streikbrecher, wenn er seinen Arbeitskollegen in den Rücken fällt“, werden auch mal verschwinden. Die jüngere Generation mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen, ihnen die Gerechtigkeit des heiligen Kampfes einzutranken, muß unsere Hauptaufgabe sein. Sie können und werden unser sein. Fr. L., Hagen.

Aus Unternehmertreibern.

Bittere Pillen.

zu kosten gibt ein Malermeister in Dortmund den aussperrungslüsternden Arbeitgebern im Malergewerbe. Der „Dortmunder Arbeiterztg.“ vom 17. Mai ging folgende Zuschrift eines dortigen Malermeisters zu: „Mit welchem Aufwand von Wut und Kraftmeierei ist diese Aussperrung inszeniert worden! In welchen Himmel bespotteten Machtgelüste haben sich die Führer und sonstigen Oberscharfmacher im Geiste schon verlegt gefühlt! Mit welcher Wollust glaubte der Arbeitgeberbund als „Mitter Georg“ dem niedrigeren Drachen „Arbeitnehmerorganisation“ den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Wie ganz anders ist es indes gekommen! Es ist selber nicht immer so gewesen, daß die Unwahrscheinlichkeit im Kampfe gegen die Arbeitnehmer solche Schläge betam, wie bei dieser frivolen Aussperrung. Aber es ist gut so! Mit welchen Mitteln suchten die Führer des Arbeitgeberverbandes die Kleinmeister mit in diese Aussperrung hineinzubringen. Wenn auch ein großer Teil dieser Kleinmeister sich gegen diese wirtschaftliche wie politische Machtsfrage ablehnend verhielt, so gab es immer noch einige, welche sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage nicht bewußt von den Scharfmachern ins Schlepptau nehmen ließen. Die Mittel, die von den Führern teilweise mit Erfolg angewandt wurden, sind ohne weiteres geseh- und richtig. Ich erinnere nur an die sog. „Schwefel“, die Materialsperrung und die eingeführten schwarzen Listen, welche letztere dem Arbeitgeberverband für das gesamte Baugewerbe von dem Arbeitgeberverband der Maler- und Anstreichermeister übermittelt sind. In dieser Liste befinden sich, speziell was Dortmund anbelangt, zirka 14 größere, mittlere und kleine Geschäfte.

Der Hauptmatador des Arbeitgeberverbandes, der Syndikus Dr. Götsch, hat im Schweiße seines Angesichts die Verbands- und Innungsmitglieder dahin bearbeitet, daß sie sich alle, alle dem Wunsch nach Aussperrung des Verbandes fügen und die organisierten Schiffe auf die Straße werfen sollten. Als an dem denkwürdigen Tage im „Löwenhof“ in Dortmund von den Arbeitgeberbündlern, nach einem Referat des Dr. Götsch, die Aussperrung beschlossen wurde, zogen die aussperrungslüsternden Maler- und Anstreichermeister in gehobener Stimmung zur Innungsverammlung, um dort Propaganda für die Aussperrung zu machen. Es kam aber anders, als es sich die Herren gedacht hatten. Nach einem Referat des Dr. Götsch traten in der Diskussion zwei Innungsmitglieder dem Referenten in scharfer Weise entgegen und wiesen nach, daß die Unternehmer keine Ursache hätten, eine Aussperrung zu inszenieren; um so mehr nicht, als die Beschlüsse der Unparteiischen in Berlin — den Verhältnissen entsprechend — für die Unternehmer als durchaus günstig bezeichnet werden müßten. Das Gebrüll einzelner Oberscharfmacher, welches diese Ausführungen begleitete, ließ erkennen, daß die Redner das Richtige getroffen hätten. Das Gute ist indes geschehen: Dortmund hat sich so gut wie gar nicht an der Aussperrung beteiligt.

Bei dem jährlichen Einkommen eines Malergehilfen von 1100 bis 1200 Mk. bei voller Beschäftigung macht eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. auf drei Jahre verteilt (also für ein Jahr pro Stunde 1 Pfg.) aus. Eine solche Lohnaufbesserung ist im Verhältnis zu der bestehenden Lernerung eine lumbige Bagatelle! Ich will nicht von den Scharfmachern verlangen, wir die menschenwürdige Existenzmöglichkeit einer Arbeiterfamilie bei einem Einkommen von 1100 Mk. einwandfrei nachzuweisen, ich will vielmehr auf eine andre größere Gefahr hinweisen, die unserm Beruf mehr schädigt als eine gerechte Lohn-erhöhung und zwar auf den unerhörten Materialwucher der letzten Jahre und den ungleich wichtigsten Punkt der Preisunterbietung der Kollegen. Hat man schon jemals den Arbeitgeberverband und die Zwangsinnungen im Kampfe gesehen gegen die Vertruistung der notwendigen Berufsmaterialien, als Leinöl, Terpentinöl, Bleiweiß usw. Dieser Kampf gegen eine Großkapitalistenclique, welche den ganzen Markt der Berufsmaterialien beherrscht, wäre des Schweißes der Edlen von Arbeitgeberbund und der Innungen wert. Millionen und Abermillionen werden den Maler- und Anstreichermeistern durch Ankauf der Leinöle und Terpentine durch den Großhändlertruff aus den Taschen geräubert. Dagegen wird nicht Stellung genommen. Solches gehört zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber sobald der Malergehilfe sich erinnert, daß er und seine Familie ein menschenwürdiges Dasein zu führen berechtigt ist und er infolgedessen seine Arbeitskraft höher verkaufen muß, da rotten sich der Arbeitgeberverband und die Innung zusammen, um in größter Eile die geforderten geringen Stunden-pfeunige zu weigern. Zu bedauern ist nur, daß das Gros der Kleinmeister, welche ihrem ganzen Wesen nach zum Proletariat gehören, sich in Verkennung ihrer Lage von den Scharfmachern ins Schlepptau nehmen lassen und dadurch gegen ihre ureigensten Interessen handeln.

Die durch die großkapitalistischen Schwäche her-vorgebrachte Geldknappheit hat den Baumarkt in diesem Jahre so gut wie brock gelegt. Obwohl diese Erscheinung, wie beobachtet wird, alle 3-4 Jahre auf dem Baumarkt in die Erscheinung tritt, einerseits, um eine künstliche Wohnungsnot herbeizuführen und dadurch die Mieten in die Höhe zu schmeißen, andererseits um die bekannten Bautrachs herbeizuführen, bei denen die ersten Hypo- thekendarlehen dann ihren Reiback machen. Der Arbeit- geberverband, welchem diese Tatsache nicht unbekannt war, hielt diese Zeit für die geeignete, um den Kampf mit den Schiffeorganisationen zu wagen. Die nieder- schmetternd nun die so gut wie verlorene Aus- sperrung auf die Arbeitgeberbündler wirken muß, kann man ihnen nachfühlen, wenn man in Ermägung zieht, daß selbst die geringe Bauarbeits- welche gleichbedeutend ist mit einem gewissen Arbeits-

mangel, ihnen nicht den erwünschten und herbeigeseh- ten Erfolg gebracht hat. Betrachtet man als Mensch diese ganze Frage, indem man von dem Grundsatz ausgeht, daß jeder Mensch das Recht zum Leben hat, und zieht man weiter in Erwägung, daß die sog. Maler- und An- streichermeister aus der Schiffeerschaft hervorgegangen sind, das „Wohl und Behe“ der Schiffe demnach kennen müssen, so ist diese Aussperrung nicht ein Akt der Notwehr, sondern eine vom Herrenstandpunkt aus blickte Ueberhebung, die mit allen gesch- lichen Mitteln und aller Energie von den organisierten Schiffe belämpft zu werden verdient.

Ober will man die von den Scharfmachern so oft im Munde geführte „Standeshere“ den Schiffe dadurch zum Bewußtsein bringen, daß man ihre Lebenshaltung mit allen unlauteeren Mitteln herabzubrüden sucht? Be- greift man im Scharfmacherlager denn nicht, daß die so oft besagte Lehrlingsflucht aus dem Gewerbe mit den traurigen Erwerbs- und Lohnverhältnissen in Einklang zu bringen ist?

Befolget die Schiffe besser und seht in denselben nicht Feloten, dann werdet ihr der „Standeshere“ am ersten die Wege ebnen.“

Gewerkschaftliches und Soziales.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912. Das Kaiserl. Stat. Amt hat die vorläufige, noch nicht detail- lierte Uebersicht über die Arbeitsstreitigkeiten des Jahres 1912 veröffentlicht. Die Zahl und der Ausgang der Streiks waren demnach in den einzelnen Viertel- jahren und im Gesamtzeitraum die folgenden:

1912	Zahl der beendeten Streiks	Zahl der betroffenen Betriebe	Höchstzahl d. gleichzeitig Feternden	Die Streiks hatten vollen teilw. keinen Erfolg		
1. Vierteljahr	647	1 303	262 291	78	109	370
2. Vierteljahr	842	3 817	77 260	129	30	314
3. Vierteljahr	637	1 422	38 660	97	269	241
4. Vierteljahr	374	741	27 335	84	131	159
Vorl. Jahres- summe 1912	2 500	7 283	405 746	388	1028	1084
Jahressumme 1911	2 566	10 640	217 809	407	1186	883

Die Zahl der Streiks hat demnach gegenüber dem Vorjahre kaum eine Veränderung erfahren. Dagegen ist die Zahl der betroffenen Betriebe zurückgegangen, wäh- rend gleichzeitig die Anzahl der Feternden fast auf das Doppelte stieg. Der Erfolg der Streiks war im vorigen Jahr ungünstiger als 1911. Nur etwa 15 Proz. aller Streiks hatten vollen, 41 Proz. teilweisen und 44 Proz. keinen Erfolg. Doch ist bekanntlich die amtliche Statistik gerade in dieser Beziehung nicht besonders zuverlässig.

Die Statistik der Aussperrungen zeigt fol- gendes Bild:

1912	Zahl der beendeten Aussperrungen	Zahl der beteiligten Betriebe	Höchstzahl d. gleichzeitig Aussperrt.	Die Aussperr. hatten vollen teilw. keinen Erfolg		
1. Vierteljahr	146	618	24 269	74	69	3
2. Vierteljahr	113	1 455	18 062	8	101	4
3. Vierteljahr	29	127	22 119	7	18	4
4. Vierteljahr	36	353	10 320	7	25	4
Vorl. Jahres- summe 1912	324	2 558	74 780	96	213	15
Jahressumme 1911	232	1 933	138 364	73	146	13

Umgekehrt wie bei den Streiks ist bei den Aussperr- ungen die Zahl der Kämpfe und die der beteiligten Betriebe zwar in die Höhe gegangen, aber die der be- troffenen Arbeiter gesunken. Das Resultat ist etwa das gleiche wie im Jahre 1911: 30 Proz. der Aussperrungen hatten (für die Unternehmer) vollen, 66 Proz. teilweisen und 4 keinen Erfolg.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer.

Der „Korrespondent“ der Buchdrucker veröffent- lichte kürzlich ein Protokoll über eine Sitzung des Tarif- ausschusses, die diese oberste paritätische Körperschaft in der Tariforganisation der Buchdrucker am 21. und 22. April in Berlin abhielt. Kein dürftiges Resümee, kein trodenes Beschlußprotokoll, sondern der vielbefragende Niedererschlag von ebenso wichtigen wie interessanten Er- handlungen ist da im „Korrespondent“ zu lesen. Die Dinge, die sich seit Jahr und Tag und besonders in der letzten Zeit wieder um die Tarifgemeinschaft der Buch- drucker abspielten, haben Bedeutung für die gesamte Ar- beiterchaft. Nicht nur die Reichhaltigkeit der Tagesord- nung dieser inmitten einer Tarifperiode stattgefundenen Sitzung des Tarifausschusses und nicht der bemerkens- werte Umfang, daß die verschiedenartigen Referate über die Tarifauslegungen oder letztinstanzliche Urteile des Tarifamtes über die Streitigkeiten aus dem Arbeitsver- hältnis durchweg zugunsten des Tarifamtes, das ein ständiges Bureau in Berlin unterhält, ausgingen, son- dern die prinzipielle Seite dieser Tagung ist es, die von allen Arbeitern gewürdigt zu werden verdient.

Materielle Änderungen an dem bis Ende 1916 laufenden Tarife zu treffen, lag weder in der Befugnis noch in der Abicht der Vertragskontrahenten der Buch- druckergemeinschaft. Aus dem ausführlich abgeleiteten Verhandlungsprotokoll läßt sich vielmehr schlußfolgern, daß am 21. und 22. April ein reiniaendes Gewitter die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker durchzogen hat, das am äußeren und inneren Frieden herausbe- schworen war, für die offenen wie verkappten Friedens- störer manchen Donnerstschlag brachte, den im Mittel- punkte aller Angriffe stehenden Buchdruckerverband aber nicht nur unerückert ließ, sondern für ihn zu weiterer Feindung seiner Position in der Tarifgemeinschaft ge- führt hat. Das ist die aus dem offiziellen Protokoll sich ergebende Schlußfolgerung. Vielleicht (oder vielmehr hoffentlich) ist der Mißerfolg für die, die seit langem die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker in ein Kreuzfeuer ge- nommen haben, in Wirklichkeit noch schlimmer. Es wäre das die vollste verdiente Antwort auf die Frechtbe- reiten und launigen Machinationen der großindustriellen Scharfmacher, die im Buchdruckergewerbe eine kleine Son-

Die sich auf die Stadt Derby bezogen, veröffentlicht. Die Tabelle wurde zu diesem Zwecke in vier Distrikte eingeteilt, die sich nach den mehr oder weniger günstigen hygienischen Zuständen unterscheiden. Folgende Tabelle zeigt das Resultat:

	Sterblichkeit auf 100 Einwohner	Durchschnittliche Lebensdauer
1. Distrikt	106	47
2. Distrikt	123	40
3. Distrikt	134	37
4. Distrikt	165	30

Die Sterblichkeit war also in den hygienisch ungünstigen Distrikten, die wohl gleichbedeutend mit den ärmsten Distrikten sind, 1 1/2 mal so groß wie in den günstigsten und dementsprechend war die durchschnittliche Lebensdauer in den letzteren um die Hälfte länger als in den ersteren. Ähnliche Erhebungen sind in Liverpool, Manchester und Salford gemacht worden.

Ueber Gewerbehgiene enthält der Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staat nur wenig. In der Tat wird dieses Kapitel ja ausführlicher in den Berichten der Gewerbeinspektoren behandelt. Immerhin werden auch von den Medizinalbeamten einzelne große Dinge berichtet. Vor allem wird über gesundheitswidrige Unsauberkeit in Schlächtereien und Bädereien gellagt. In einem besonders schlimmen Fall in Charlottenburg war die nötige Beseitigung des Arbeitsraumes nur zu erreichen durch ständige Offenhaltung der Tür eines Klosetts, das unmittelbar daran liegt! Im Regierungsbezirk Potsdam wie in manchen anderen Bezirken werden Schlachthäuser manchmal noch zur Hauswäsche und Fleischtrocknung zum Kochen schmutziger Wäsche benutzt. In einer Molkerei des Regierungsbezirks Steettin wurde die Butter in einem Raum aufbewahrt, der zugleich als Schlafraum für einen Angeestellten diente. In mehreren Landkreisen des Regierungsbezirks Merseburg wurde bei einer nennenswerten Anzahl von Bädereien die gleichzeitige Benutzung der Badstube als Wohnzimmer oder Küche festgestellt.

In Schneidereien und Nähereien, die junge Mädchen beschäftigen, findet vielfach eine übermäßige Ausnutzung der Arbeitsräume statt. Im Regierungsbezirk Snaabrad waren in einigen Putzmaschinen und Damenkleidereien die gesundheitlich sehr ungünstig liegenden Arbeitsstühle derartig überfüllt, daß sie geräumt werden mußten. In einer Nähfabrik in Stendal mußten die jungen Mädchen dicht gedrängt in zwei Zimmern in je drei Reihen mit dicht nebeneinander gestellten Maschinen sitzen, von denen je zwei durch eine Petroleumlampe beleuchtet wurden. Lüftungsrichtungen fehlten.

Die untersuchten Unfälle waren 1911 zahlreicher als im Jahre zuvor. In den gewerblichen Anlagen einschließlich des Bergbaues betrug ihre Zahl 26 950 (1910 nur 25 736). Im Bergbau kamen 1417 tödliche Unfälle vor (1910 nur 1354), davon 1176 in Steinkohlengruben, 93 im Braunkohlenbergbau, 70 im Erzbergbau und 78 im Abbau anderer Mineralien.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Gesundheitsbeschädigungen der Arbeiter durch den Gewerbebetrieb. Im Kreis Rastowitz wurden in zwei Zinkhütten und einem Zinkwalzwerk die Arbeiter auf Nierenerkrankungen untersucht. 64 Proz. der Untersuchten hatten den sog. Weisbaum. Gesundheitsgefährlich wirkt der Staub in den Zementfabriken. Namentlich werden die Atmungsorgane angegriffen. Der Zementstaub soll sich nach den Aussagen der Arbeiter schwer auf die Lungen legen und asthmatische Beschwerden verursachen. Allerdings sind schwere Beschädigungen der Atmungsorgane nicht beobachtet worden, was aber wohl nur daran liegt, daß die Arbeiter es nicht lange in den Zementfabriken aushalten. Im Koblenzer Bezirk leiden die Steinbauer vielfach an Tuberkulose. Bei der Fabrikation elektrischer Glühlampen kam es in Berlin in einem Fall, aus Anlaß der Bedienung von Quecksilberluftpumpen, zu einer Quecksilbervergiftung. Im Kreise Oppeln erkrankten in einer Thomaschlackenfabrik innerhalb kurzer Zeit sechs Arbeiter an Lungenentzündung, wovon drei von ihnen starben. Stark scheint die Tuberkulose unter den Zigarrenarbeitern zu wüten, besonders unter den weiblichen. So im Kreis Angermünde, im Stolberger Bezirk, im Regierungsbezirk Erfurt u. a. Im Kreis Heiligenstadt wurden 263 Heimarbeitersfrauen für Zigarren untersucht. Nur 39 mal diente der Arbeitsraum lediglich der Fabrikation. Am häufigsten wurde der Tabak in der Wohnstube, nicht selten sogar in der Küche oder in der Schlafstube und in Zimmern, wo Kranke lagen, verarbeitet; selbst hustende Lungenkranke arbeiteten oft in solchen Tabakbetrieben. Eine hohe Sterblichkeit an Tuberkulose wurde auch bei den Schuhmachern in Reusbad (Oberschlesien) festgestellt. Der Kreisarzt führt sie zurück auf die überlange Arbeitszeit (bis zu 17 Stunden täglich) bei einem Verdienst von 11 bis 15 Pf. pro Stunde, und die infolge dessen sehr dürftige Ernährung und Bekleidung. Die Kinder leiden häufig an Rachitis und Skrophulose. Eine sehr hohe Sterblichkeit grassiert auch unter den Textilarbeiterinnen im Kreise Montjoie. Sie wird nicht direkt auf die Arbeit, sondern auf ungenügende und unzureichende Ernährung zurückgeführt.

Genossenschaftliches.

Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Vollfürsorge“. Unsere Freunde teilen wir hierdurch mit, daß die Aufnahme der Eintragung der „Vollfürsorge“ gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Inspektoren, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen.

Die Vorbereitung für die „Vollfürsorge“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Vollfürsorge“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospekt über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Verteilungspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der

Abschluß einer Versicherung für irgendein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Vollfürsorge“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Duktionsblöcke für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Vollfürsorge“ wird deren Aufnahmematerial verabsolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mk. tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Wir ersuchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Vorbereitung in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugblätter und Prospekt Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Vollfürsorge“.
A. von Elm. Fr. Leise.

Versicherungsgesellschaften und Gewerkschaften. Um die „Vollfürsorge“ in den Augen der Versicherungsbedürftigen zu diskreditieren, erzählt die „Wilhelma“ ihnen, die gewerkschaftliche Verwaltung sei eine „horrend teure“. Sie hofft natürlich, damit zu erreichen, daß glaubt wird, auch die Verwaltung der „Vollfürsorge“ werde, da die Gewerkschaften beteiligt sind, „horrend teuer“. Um den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen, muß freilich die „Wilhelma“ allerlei gewagte Krummstücken machen. An sich schon ist es ein Unfug, die Verwaltung der Gewerkschaften, die doch ganz andre Aufgaben haben als die Versicherungsgesellschaften, mit deren Verwaltung vergleichen zu wollen. Die „Wilhelma“ tut aber noch ein übriges. Alle Ausgaben, welche den Gewerkschaften bei Lohnkämpfen, durch ihre Agitation, ihre Druckschriften, ihre Konferenzen sowie durch ihre internationalen Verbindungen, durch ihre Beiträge an die Generalkommission, für Partelle und Sekretariate erwachsen, werden als Verwaltungskosten gerechnet. Was sonst mitgezählt worden ist, erfahren wir nicht, da bei den einzelnen Posten die Beiträge nicht angegeben sind. Zusammenfassend wird angegeben, die Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften im Jahre 1910 hätten 18 563 014 Mk. betragen. Zählt man aber selbst alle angeführten Posten mit, so ergibt eine Zusammenzählung dieser Posten nach der in Nr. 32 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ vom 12. August 1911 veröffentlichten Statistik im ganzen nur die Summe von 14 030 427 Mk. Wie die „Wilhelma“ zu über 4 1/2 Millionen Mark mehr kommt, mögen die Götter wissen. Aber der Vergleich ist an sich geradezu sinnlos; die angeführten Ausgaben mit den Werbeausgaben und Einlassierungskosten einer Versicherungsgesellschaft zu vergleichen, wird jeder vernünftige Mensch als unzulässig erklären müssen. Achten wir dagegen die wirklichen Verwaltungskosten zum Vergleich heran, so erhalten wir ein ganz anderes Bild. Im Jahre 1910 wurden von den Gewerkschaften verausgabt an Verwaltungskosten: der Hauptklasse, verhältnißlich 1 019 338 Mk., sachliche 671 264 Mk.; der Lokab- und Kantassen 7 406 834 Mk.; zusammen 9 097 436 Mk.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften betrug 1910 im Jahresdurchschnitt 2 017 298 Mk. Die Verwaltungsausgaben pro Jahr und Kopf betragen mithin 4.51 Mk. und nicht 8 Mk., wie die „Wilhelma“ behauptet. Die Sache wird aber noch heiterer, wenn man sieht, wie die „im Interesse der Versicherten“ so kritisch sich gebärende „Wilhelma“ selbst wirtschaftet. Für 193 274 Vollversicherer betragen ihre Verwaltungskosten im Jahre 1911 1 486 000 Mk. oder pro Jahr und Kopf 7.07 Mk., also 2.56 Mk. pro Kopf mehr als bei den Gewerkschaften! „Wer Butter auf dem Kopfe hat, soll nicht in die Sonne gehen.“

Gerichtliches.

Schiedsprüche der Tarifschlichtungskommission sind stempelpflichtig. Die Schlichtungskommission des Berliner Portefeuilles- und Kleiderartikelgewerbes fällt einen Schiedspruch, wonach die Lederwarenfirma Valentin verurteilt wurde, den Tarifvertrag bis zu seinem festgesetzten Ablaufstermin auch einzuhalten. Die verurteilte Firma legte beim Landgericht Berufung ein, bei welcher Gelegenheit das Hauptzollamt Kenntnis von dem Schiedspruch erhielt. Es verlangte auf Grund der Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes einen Stempel von 10 Mk. für die Hauptausfertigung und für die nach § 1039 der Zivilprozessordnung den beiden Parteien zugestellten Ausfertigungen einen solchen von je 3 Mk. Für diesen Stempel haftet jeder Unterzeichner des Schiedspruches. Auf Grund einer Beschwerde des Schlichtungskommissionsvorsitzenden Magistratsrats von Schulz befristete die Oberzolldirektion das Verlangen des Hauptzollamtes. Die Entscheidung stützt sich auf § 9 des Tarifvertrages, der ein Schiedsgericht vereinbart. Der Schiedspruch sei demnach für die Parteien rechtlich bindend und habe nach § 1040 der ZPO. unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils.

Nach den toten Buchstaben des Gesetzes ist die Steuerbehörde vielleicht im Recht, weswegen von einer Beschwerde beim Finanzminister abgesehen wurde.

Nun hat sich in dieser Angelegenheit folgender Zustand gebildet: Das Hauptzollamt und die Oberzolldirektion halten den Schiedspruch für beide Teile für rechtlich bindend und vollstreckbar und fordern deswegen 16 Mk. Stempelgebühr, die auch bezahlt worden sind. Das Landgericht und das Kammergericht sagen in dem bekannten Urteil, den Tarifvertrag brauche die Firma V. nicht einzuhalten, demzufolge brauche sie auch nicht den Schiedspruch als Teil des Vertrages anzuerkennen.

Aber auch außer diesem verwickelten Rechtszustand ist das Steuerbehördliche Verlangen durchaus unbillig. In allen Tarifverträgen wird Wert auf die Bildung einer Schlichtungskommission mit gewisser Exekutivgewalt gelegt, um so eine Handhabung gegen Tarifvertragsbrüche zu haben bzw. um Tarifbrüche gebührend ahnden zu können. Wenn aber die Steuerbehörde die Unparteilichkeit und Befugnis für die Stempelgebühr haßbar macht, so dürften sich wenig geeignete Personen finden, die für

ihre nicht besonders angenehme Arbeit noch Steuerbehördliche Opfer zu tragen gewillt sind. Um eine Stempelfreiheit der Schiedsprüche zu erwirken, ist bei dem Ausschuss des Gewerbegerichts Berlin für Gutachten und Anträge beantragt worden:

„Dieser möge beschließen, daß das Gewerbegericht Berlin bei den beiden Häusern des Preussischen Landtages den Antrag stellt, der Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 folgenden Zusatz zuzufügen:

„Ausgenommen sind Schiedsprüche, welche von der in einem Tarifvertrage eingeleiteten Schlichtungskommission gefällt werden“, sodas die Tarifstelle dann folgendermaßen lauten würde: „Stempelpflichtig sind Schiedsprüche, und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsgerichte. Ausgenommen usw.“

Ob der Landtag und das Preussische Herrenhaus diesem Antrage stattgeben werden? Die einfachste Notwendigkeit dafür liegt vor, um den tarifrechtlichen Rechtsirrtum zu beseitigen. Es kann doch nicht angehen, daß Schiedsprüche versteuert werden müssen, selbst wenn ordentliche Gerichte sie als unzulässig erklären. Wir leben doch im Staate vollendeter Rechtsgarantien.

Vom Ausland.

Österreich.

Nach Wien muß jeder Zugang von Malern, Anstreichern und Lackierern ferngehalten werden. Leimberg ist für Maler, Anstreicher und Lackierer gesperrt.

Prag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Prag für alle Maler gesperrt.

St. Pölten. Nachdem die Meister die Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen und kein Vertrag erzielt, ist St. Pölten für alle Kollegen gesperrt.

Holland.

In Duffum und Hilversum befinden sich die Kollegen im Lohnkampf. Zugang ist fernzuhalten.

Newyork. Das Resultat der Abstimmung: Soll in diesem Jahre die regelmäßige Generalversammlung des Verbandes stattfinden? wurde mit Majorität angenommen. Von der Mitgliedschaft (76 000) beteiligten sich leider nur 18 150 an der Wahl; das für waren 14 350, dagegen 3800. Die Generalversammlung der Delegaten findet nächsten September in Rochester, Staat Newyork statt, und die Beteiligung wird eine sehr starke sein, indem beinahe vier Jahre verfloßen sind, seit dem die letzte Generalversammlung (1909) stattfand.

Die meisten Streiks, die in den verschiedenen Städten im Gange waren, sind von Erfolg gewesen. Die Kollegen von Chicago haben einen dreijährigen Vertrag abgeschlossen, sie erhalten jetzt 65 Cent pro Stunde, die nächsten Jahre 76 Cent bei 41stündiger Arbeitszeit pro Woche (von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabends von 8 bis 12 Uhr). Ueberzeit- sowie Sonntagsarbeit darf nur im notwendigsten Falle geleistet werden bei doppelter Bezahlung. Um aber die Stadt vor Ueberflutung der Kollegen zu bewahren, hat die Zentralbehörde der verschiedenen Filialen beschlossen, keine Transferierung vorzunehmen — somit heißt es vorläufig: wegbleiben. Die beiden stärksten Filialen in Chicago sind: Nr. 19, welche sich meistens aus Dänen, Schweden und Norwegern zusammensetzt, und Nr. 275, deutschsprechende Kollegen; erstere zählt beinahe 1900, letztere 1500 Mitglieder. Für diejenige Mitglieder der Bruderschaft, die im Ueberflutungsgebiet zu Schaden kamen, wird vom Vorstande eine Sammlung vorgenommen; die Unterstützungen laufen zahlreich ein.

Die Kämpfe auf dem Arbeitsfeld sind äußerst heftig, und der große Streik in der Seidenindustrie ist noch nicht beigelegt; die Rot und das Glend, welches da herrscht, ist nicht zu beschreiben.

Die Strafe, die vor einigen Jahren über den Präsidenten S. Gompers von dem Zentralverband (American Fed. of Labor) wegen Vorkaufs verhängt wurde, ist von dem Appellhof auf 30 Tage Haft ermäßigt worden; ob er diese absieht, ist noch weit im Felde. S. Gompers ist schon seit längerer Zeit schwer krank, befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung.

Das Tarifmanöver, das sich augenblicklich im Senat in Washington abspielt, wird überall mit Spannung verfolgt. Die Demokraten, die das Heft in Händen haben, möchten gern eine Ermäßigung, doch einzelne Staaten, die dadurch Einbuße (wie Tabak, Baumwolle, Zucker usw.) erlitten, sind dagegen, sogar die Arbeiter beteiligen sich an dem Kampf trotz der traurigen Lage, in der sie sich befinden, und zwar unter dem Schutze, der nur dem Trust zugute kommt. H. G.

Versehiedenes.

Vorstufstufliche Kunst. Im Oktober v. J. wurden in einer im Departement Kongo, am Fuße des Luc d'Andouert gelegenen französischen Tropfsteinhöhle aus Ton geformte Abbilder von Büffeln oder Wisentem gefunden, die offenbar von distinkten Höhlenbewohnern stammen. Der Entdecker, Graf Vogonier, macht über seinen Fund in der Zeitschrift „L'Anthropologie“ jetzt folgende nähere Mitteilungen. Die Höhle besteht aus drei Stockwerken. Man betritt sie durch das westliche Stockwerk, durch das ein Wasserlauf strömt. Das zweite Stockwerk ist zwei Meter höher gelegen; in das obere kommt man durch einen 13 Meter langen schraubenförmig gewundenen Gang. Am hintersten Grunde dieser Höhle befanden sich 700 Meter vom Eingange entfernt die beiden Tierbildnisse. Diese verborgene Lage deutet darauf hin, daß es sich dabei um Heile oder Heilige handelt, also Gegenstände religiösen Kults. Die beiden Tiere, die sich hintereinander befinden, sind gewissermaßen als Hochreliefs unter Anlehnung an einen in der Höhle liegenden Felsen ausgeführt. Es ist also wie die eine Seite ausgeführt. Die beiden Tiere stellen ein Männchen und ein Weibchen dar. Das vordere,

das Weibchen, misst 61 Zentimeter in der Länge und 29 Zentimeter in der Höhe vom Bauch bis zum höchsten Punkte des Rückens. Bei dem hinteren männlichen Tiere sind die Maße 63 und 31 Zentimeter. Besonders sorgfältig modelliert sind die beiden Tierköpfe, vor allem der des Weibchens, dessen Wangen durch ein in der Mitte vertieftes Zentrigelchen dargestellt ist. Der Bart ist durch Nieten, die mittels eines Holzes gezogen sind, angedeutet. An der Mitte der Höhe befindet sich außerdem noch ein ansehnliches Flossenbüchse, bei dem die Umrisse mit dem Axtaer vorangezeichnet sind. Außerdem ist die Höhle noch mit Tierbildern an den Wänden geschmückt, die aber vermutlich einer späteren Zeit entstammen.

Sachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Wappe“, Heft 2 (Mai 1913) ist soeben erschienen und enthält die Tafeln 6 bis 19 mit vorzüglichsten Zeichnungen der modernen Dekorationsmalerei: Tische und Wand, Monturenarbeit von August Strüger in Hamburg; Juchentraum, Monturenarbeit von Aug. Pahl in Hannover; Fassaden, Monturenarbeit von Wih. Höfer in Dortmund; Juchentraum, Monturenarbeit von Andr. Haber in Dahnheim; sechs Wandverzierungen von Carl Ziemer in Stuttgart. Der fertige Teil ist wie immer bestens ausgestattet und bietet den Kollegen reichlich Material zur Bereicherung und Fortbildung auf dem fachtechnischen Gebiete. Der Abonnementspreis pro Quartal beträgt nur 3 Mk. Verlag von Georg D. W. Göttsche in München.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 11 des fünften Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Freudenwahn. — Vom subjektiven und vom objektiven Wert. — Die erste Sommerfrische von W. Bromme. — Der schmerkebrüderling von G. Staate. — Ein Wunder von Karl Stenski mit Abbildungen. — Der Vöndermeyer und der Reiber. Von H. Luist. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Lehrlings Leidenschronik usw. — Heilige: Der Vankrüder. Von Hans Ludwig Hofegger. — Die Erhebung des preussischen Volkes im Jahre 1813. — Eine sozialistische Manifestation. Von H. Hausenstein (mit Abbildungen). — Die Todestage von W. Wagner. — O. — Eine Erinnerung von Fritz Müller. — Mutter. Ein Frauenbildnis von Joh. Fersch. Ein neuer Roman, der in der jüngst bekannt gewordenen Serie „Vorwärts-Bibliothek“ in unserm Berliner Parteiverlage erschienen ist. Ein eigenartiges Buch, das Kampfesmut und Güte, Jungtätigkeit und soziales Verhalten miteinander verbindet. In allen Arbeiter-

familien wird das Buch, das uns die Leiden der Proletarier als Mutter zeigt, mit Begeisterung gelesen werden. Der billige Preis — es kostet gut gebunden 1 Mk. — macht die Anschaffung allgemein möglich. Zu beziehen ist „Mutter“, wie alle andern Bücher der „Vorwärts-Bibliothek“ durch alle Buchhandlungen.

Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter von Dr. Grotjahn (Heft 35 der Arb.-Ges.-Bibliothek) erschien soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Berlin. Der als Sozialhygieniker bekannte Dozent an der Berliner Universität gibt in dem vorliegenden Büchlein in kurzen Kapiteln eine Zusammenfassung der Schädlichkeiten dieser Berufe und recht beherzigenswerte Regeln der persönlichen Gesundheitspflege zur Vermeidung dieser Gesundheitschädigungen. Das Heft ist, wie alle übrigen der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, zum Preise von 20 Pfg. — in guter Ausgabe 50 Pfg. — in allen Buchhandlungen zu haben.

„In Freien Stunden“. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Berlin SW. 68 gratis. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expediteure und Stolportente entgegen.

Sterbetafel.

Augsburg. Das Mitglied Georg Schall ist im Alter von 66 Jahren an Herzleiden gestorben.
 Köslin. Am 16. Mai verstarb unser Kollege Paul Watz im Alter von 36 Jahren an der Lungenschwindsucht.
 Straßburg i. E. Am 15. Mai starb infolge von Bluterkrankung der Kollege Karl Weitschenka im Alter von 41 Jahren.
 Stuttgart. Am 17. Mai starb unser Mitglied Eugen Kopp im Alter von 27 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken.

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Der Vorstand sieht sich veranlaßt, vor einem früheren Mitglied Paul Martin zu warnen. Martin hat sich in Köslin bei den Kollegen und deren Frauen unter schwindelhaften Angaben als Angestellter der Organisation ausgegeben.

Dem Kollegen Wunderlich, Hermann Friedrich, geb. am 27. Mai 1867, eingetreten am 28. Juni 1912 in

Plauen, Buchn. 109063, ist das Mitgliedsbuch gestohlen worden. Sollte es in einer Filiale oder Zahlstelle vorgefunden werden, ist es einzubehalten.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkassa vom 20. bis 26. Mai 1913.

Eingekandt wurde für die Hauptkassa: Bochum Mk. 100.—, Coblenz 400.—, Grimnitzschau 150.—, Schweinfurt 200.—.

Material wurde versandt:
 B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.

Braunschweig 1600 B. a 130 S.; Breslau 1200 B. a 130 S.; Coblenz 600 B. a 60 S., 400 B. a 80 S.; Köln 6000 B. a 90 S.; Cuxhaven 200 B. a 110 S.; Danzig 2000 B. a 90 S., 4000 B. a 95 S., 400 B. a 110 S., 4000 B. a 135 S.; Frankfurt a. M. 10 000 B. a 70 S., 12 000 B. a 90 S., 4000 B. a 110 S., 8000 B. a 130 S., 200 C.; Friedberg 800 B. a 90 S.; Güstrow 100 B. a 90 S., 100 B. a 110 S.; Hamburg 20 000 B. a 75 S., 20 000 B. a 95 S., 6000 B. a 135 S.; Königsberg 4000 B. a 90 S.; Osnabrück 30 C.; Regensburg 800 B. a 130 S.; Wesel 15 B. a 60 S., 5 B. a 80 S., 5 B. a 100 S. (alt), 100 B. a 80 S., 100 B. a 100 S., 100 B. a 120 S.

Die Woche vom 1. bis 7. Juni ist die 23. Beitragswoche.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands
 (Eingel. Friedr. Kass. Nr. 71)

Bericht der Hauptkassa vom 18. bis 24. Mai 1913.

Ueberschüsse wurden von folgenden Verwaltungen eingekandt: Wehrle in Hamburg-St. Georg Mk. 100.—, Brunner in Regensburg 100.—, Andree in Wilmersdorf 100.—.

Zuschüsse wurden abgekandt an: Kaufmann in Leipzig Mk. 100.—, Marhauer in Harburg (Elbe) 100.—, Herrmann in Heilbronn 50.—, Kaufhold in Weiskopf 100.—.

Krankengeselder erhielten: Buchn. 37583 F. Herrt in Bad-Neichenhall Mk. 13.50, Buchn. 5 F. Donn in Nachen 13.50, Buchn. 5489 B. Kropf in Cassel 20.35, Buchn. 24328 F. Horn in Niederzwehren 13.50, Buchn. 34045 F. Neichenstein in Wosen 13.50, Buchn. 37496 F. Wörtner in Herford (an die Landesversicherungsanstalt „Westfalen“ in Münster i. W.) 83.25.

Die Protokolle der außerordentlichen Generalversammlung in Leipzig sind an alle Verwaltungsstellen abgekandt. Sollte die eine oder andre Verwaltungsstelle keine erhalten haben, so bitte ich um Nachricht.

F. Warnke, Hauptkassierer.

Plauen i. V.

Der vorläufige Jahresabschluss befindet sich in meinem Verbandsbüro, Postfach Nr. 45, Plauen, am Montag den 27. Mai abends von 6 bis 7 Uhr. Umhänzen ist die Besichtigung des Buchstoffs aus der Kassenschein besorgen. Umhänzen sollten haben, die sich im Bureau zu melden. Die Geschäftsverwaltung.



Interessanter erhält um Kopie des Kassenscheines und der Kassenscheine bei Ernst Jänisch wegen einer Kopie des Kassenscheines.

Oswald Tiller, Kass. Plauen, Postfach 14.

Malergebühren für das Jahr 1913. Wih. Hanke, Kassier i. S. i. Plauen.



Jeder Herr, Kavaliere-Garderobe

der sich gut kleiden und beim Einkauf sparen will, verlange den illustr. Katalog Nr. 14 meiner Abteilung für wenig getragene

- Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge M. 6 bis 38
- Smocking, Frack- und Gehrock-Anzüge M. 12 bis 45
- Frühjahrs-Überzieher und -Ulster M. 5 bis 32
- Gummi-Mäntel von 12 M. an

Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht genehm, das gezahlte Geld sofort zurückgesandt. — Versand gegen Nachnahme.

J. Kalter, München, Tal 19.



Teilzahlung!!!

Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw. Kataloge gratis und franko.
Jonass & Co., Berlin S. 445
 Belle-Alliancestr. 3.

Die Rätsel der Farbenharmonie

Haben Sie gelöst in Baumanns Neuer Farbentonkarte (System Press) — 1339 Farbentöne nebst Mischungen, Anleiten und Mischungen über Art und Verwendbarkeit der Farben. Prospekte und Probestafeln gratis und franko.

Paul Baumann, Aue i. Sa., Wettinerstr. Nr. 50.

Spezialversandhaus für Herrenkleider
 von Herrschaften u. Kavaliere stammend

L. Spielmann
 München, Gärtnerplatz Nr. 2

Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge	von 12 bis 45
Smocking- und Gehrock-Anzüge	von 13 bis 45
Frühjahrs-Überzieher und -Ulster	von 15 bis 50
Gummi-Mäntel	von 22 bis 59
Wäsche-Versand	von 3 bis 12
Unterwäsche	von 10 bis 25

Bestellungen werden prompt und zu billigen Preisen bearbeitet. Versand gegen Nachnahme.

Schlagen Sie kamen gut u. billig beim Kollegen
Joseph Weber, Nürnberg,
 Jürtschmiedgasse 4, nächst dem Jakobspfad.
 Materialen, Farben, Lacke, Firnis, Schablonen, Feiern, Malerarbeiten
 und schone Arbeitstücken.
 Es gros. — Es detail.

Schablonen
 stets Neuheiten!
G. Lorenz, Schablonenfabrik
Cossebaude-Dresden
 Man verlange Musterbuch Nr. 30 portofr.

Durchziehbürsten, Schwammtpfep,
 Verstellbare Durchziehpinsel
 Werkzeuge für moderne Wanddekoration
 Prospekte gratis und franko
 Alle Maler-Bedarfsartikel gut u. preiswert
R. Reents, Nürnberg — Gasse 15.

Maler-Mäntel

110	120	130 cm lang
1.—	2.20	3.40 Mk.

Es sind 2 Stk., Preis 2.20 Mk., Preis 3.40 Mk.
 1.—, Länge 49 cm, Kopf-Länge 2.25 Mk.
 1.20, Länge 54 cm, Kopf-Länge 2.25 Mk.
 1.30, Länge 59 cm, Kopf-Länge 2.25 Mk.
 1.40, Länge 64 cm, Kopf-Länge 2.25 Mk.

D. Wurzel & Co., Berlin,
 Brückenstr. 13, 1.

Waschen Sie Geld sparen?
 Dann tragen **Dauer-Wäsche**
 illustr. Prosp. gratis.
Wäsche-Versand Freisleben
 Dresden 1, Postfach 612.

Wollen Sie Geld sparen?
 Dann tragen **Dauer-Wäsche**
 illustr. Prosp. gratis.
Wäsche-Versand Freisleben
 Dresden 1, Postfach 612.

Maler-Schuhe
 für 10 bis 15
 und 15 bis 20
 und 20 bis 25
 und 25 bis 30
 und 30 bis 35
 und 35 bis 40
 und 40 bis 45
 und 45 bis 50
 und 50 bis 55
 und 55 bis 60
 und 60 bis 65
 und 65 bis 70
 und 70 bis 75
 und 75 bis 80
 und 80 bis 85
 und 85 bis 90
 und 90 bis 95
 und 95 bis 100
 und 100 bis 105
 und 105 bis 110
 und 110 bis 115
 und 115 bis 120
 und 120 bis 125
 und 125 bis 130
 und 130 bis 135
 und 135 bis 140
 und 140 bis 145
 und 145 bis 150
 und 150 bis 155
 und 155 bis 160
 und 160 bis 165
 und 165 bis 170
 und 170 bis 175
 und 175 bis 180
 und 180 bis 185
 und 185 bis 190
 und 190 bis 195
 und 195 bis 200
 und 200 bis 205
 und 205 bis 210
 und 210 bis 215
 und 215 bis 220
 und 220 bis 225
 und 225 bis 230
 und 230 bis 235
 und 235 bis 240
 und 240 bis 245
 und 245 bis 250
 und 250 bis 255
 und 255 bis 260
 und 260 bis 265
 und 265 bis 270
 und 270 bis 275
 und 275 bis 280
 und 280 bis 285
 und 285 bis 290
 und 290 bis 295
 und 295 bis 300
 und 300 bis 305
 und 305 bis 310
 und 310 bis 315
 und 315 bis 320
 und 320 bis 325
 und 325 bis 330
 und 330 bis 335
 und 335 bis 340
 und 340 bis 345
 und 345 bis 350
 und 350 bis 355
 und 355 bis 360
 und 360 bis 365
 und 365 bis 370
 und 370 bis 375
 und 375 bis 380
 und 380 bis 385
 und 385 bis 390
 und 390 bis 395
 und 395 bis 400
 und 400 bis 405
 und 405 bis 410
 und 410 bis 415
 und 415 bis 420
 und 420 bis 425
 und 425 bis 430
 und 430 bis 435
 und 435 bis 440
 und 440 bis 445
 und 445 bis 450
 und 450 bis 455
 und 455 bis 460
 und 460 bis 465
 und 465 bis 470
 und 470 bis 475
 und 475 bis 480
 und 480 bis 485
 und 485 bis 490
 und 490 bis 495
 und 495 bis 500

Zögern Sie nicht



sondern verlangen Sie sofort unsern illustr. Pracht-Katalog E (ca. 100 Abbildungen), welcher Ihnen gratis u. franko zugesandt wird. Sie ersuchen aus demselben, dass wir Ihnen grosse Vorteile bieten. Wir versenden nach allen Ländern elegante **Gebrauchte Herrschafts-Kleider** zu staunend billigen Preisen. Sie haben bei Bestellung kein Risiko, da wir für nicht zusagende Waren anstandslos das Geld retournieren oder auf Wunsch umtauschen. — Wir offerieren:
 Gebr. Paletots und Ulster . . . von 5 bis 30.
 Gebr. Sacco- und Rockanzüge. von 5 bis 35.
 Gebr. Gehrock-Anzüge . . . von 11 bis 40.
 Gebr. Saccos und Hosen . . . von 2.50 bis 9.
 Unser **neuer Garderobe** enthält eine Riesenauswahl Lager in in apart, stets wechselnden, von Mass-Sachen nicht zu unterscheidenden Saison-Neuheiten.
Bekleidungs haus
N. Kurzmantel & Co.
 München 9, Josefsplatz 1.

Die Firmenmalerei 17 Taf. (30-22 cm) u. 38 Seiten, nob. Schriften, Firmenwörter, Plakate, Umrahmungen, Entwürfe der Schriften, Gestaltung aller einschlägiger Arbeitstücken, far. Bestimmung usw. Mk. 5.25.
Die Holz- und Marmorale zur praktischen Anfertigung und Selbstunterricht. 143 Seiten nebst 71 farb. u. Marmor-Plakaten Mk. 1.75.
Neueste Schriften 36 Texte, 36 Blatt, nach den neuesten Formen, einfach und versiert, ein- und mehrfarbig, Mk. 3.65.
G. Dickhaut, Frankfurt a. M. Fachverlag, Taunusstr. 23. Telefon 9231.

Schriftenwerke
 Praktisches Schriftzeichnen v. König Mk. 2.75
 Vorlagen zu Mk. 2.50, 1.50 und 0.50
 Neu! Die Schrift, 24 Tafeln Mk. 2.50
Albert Kern - Nürnberg
 Peter Steet Nachf., Obere Wöhrstr. 18
 Der heutigen Nummer liegt die Nr. 21 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.
 Für die Redaktion verantwortlich
 H. Mart, Hamburg, Claus Grotzsch
 Verlag: H. Wentker, Hamburg 25.
 Druck: Friedrich Meyer, Hamburg 25.